



# ROTE HILFE

4. Jg.-Nr. 11/12

26. November 1976

70 Pfennig

## AUFRUF ZUR WEIHNACHTSHILFE

KÄMPFT GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG ! UNTERSTÜTZT DIE WEIHNACHTSHILFE FÜR DIE POLITISCHE GEFANGENEN - SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN POLITISCH VERFOLGTEN ! SPENDET FÜR DEN RECHTSHILFEFONDS !

## Übt Solidarität mit den politisch Verfolgten

Imperialismus - das ist das Zeitalter der zunehmenden Unterdrückung der Völker und Nationen durch eine Handvoll Großmächte. Es ist das Zeitalter der Kriege der imperialistischen Räuber zur Ausplünderung und Unterjochung der Völker der Welt.

Die Sowjetunion und die USA sind heute die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, sie sind die Quelle eines neuen Weltkrieges.

Aber wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Der Kampf der Arbeiter und Volksmassen aller Länder, vor allem der Dritten Welt für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus schreitet stürmisch voran. Die Antwort der imperialistischen Mächte ist rassistischer und faschistischer Terror. Überall, wo ihre Macht hinreicht, füllen sie die Gefängnisse mit politischen Gefangenen, misshandeln, foltern und ermorden die Freiheitskämpfer.

Eine besonders grausame Unterdrückermacht ist die Sowjetunion Breschnevs. Jeder, der es wagt, Kritik an dem faschistischen Regime zu üben, wird gefangen genommen, in KZs oder psychiatrische Anstalten eingeliefert und geistig und körperlich verkrüppelt.

Bis zu 7 Jahre Kerker und 5 Jahre Verbannung stehen auf "antissowjetische Propaganda" oder "Teilnahme an antissowjetischen Organisationen", bis zu 3 Jahre Kerker und 1 Jahr KZ auf "Verleumdung der Sowjetunion".

"Antissowjetische Propaganda" war eine zehnmündige Demonstration W. Dremlugas am 25. 8. 1968 gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR. Er wurde zu 6 Jahren Gefängnis und Arbeitslager verurteilt.

Antissowjetische Propaganda, das sind Parolen wie "Freiheit für alle politischen Gefangenen", die im April dieses Jahres an Oberleitungsbussen erschienen, das sind Losungen wie "Nieder mit der Parteilbourgeoisie", "Die KPdSU ist der Feind des Volkes" und "Die Sowjetunion - ein Gefängnis des Volkes", die im August an die Wände des Tawritscheski-Palastes in der größten Straße Leningrads, dem Newa Boulevard, geschrieben waren.

"Teilnahme an antissowjetischen Organisationen", das sind Streiks wie kürzlich die der Arbeiter einer Fernsprechanlagenfabrik in Leningrad oder Hungerstreiks der politischen Gefangenen wie im Wladimir-Gefängnis in Moskau und in den KZs im Ural und Sibirien.

In der Sowjetunion gibt es heute weit über

10.000 politische Gefangene, 330 als Arbeitslager getarnte KZs, die denen in Ausschwitz nachgebaut sind, sowie 9 psychiatrische Anstalten speziell für politische Gefangene. Der Terror findet seinesgleichen nur in den Foltermethoden der Nazis, mit Drogen und medizinischen Eingriffen werden die Eingekerkerten körperlich zerrütet.

Schändlich nutzen die neuen Zaren die revolutionäre und antifaschistische Tradition der Sowjetunion aus, um über ihre grausame Unterdrückerherrschaft zu täuschen. Sie üben "Sozialismus in Worten, Faschismus und Imperialismus in Taten" aus. Breschnew ist in die Fußstapfen Hitlers getreten.

Wie einst der Hitlerfaschismus so strebt heute der russische Sozialimperialismus nach Weltherrschaft und unterwirft fremde Völker und Staaten.

In Osteuropa halten sie mehrere Staaten militärisch besetzt. Zur Aufrechterhaltung ihrer Kolonialherrschaft überfielen die neuen Zaren die CSSR und setzten eine riesige Verhaftungswelle in Gang. In Polen üben sie, gestützt auf die vollständig abhängige Gierke-Clique, eine faschistische Fremdherrschaft aus. Die polnischen Arbeiter, die gegen die Preiserhöhungen in den Streik traten und mutig gegen Polizei und Militär kämpften, wurden zu hunderten verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt, und aus den Betrieben entlassen. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht erneut Verhaftungen und Repressionen gegen die erfolgen, die sich für die Verteidigung der Arbeiter einsetzen.

Mit Betrug und Erpressung, ungleichen Tausch und Einmischung versuchen die russischen Sozialimperialisten die Länder der Dritten Welt in ihren Würgegriff zu nehmen.

Sie schüren Bürgerkrieg wie im Libanon, schrecken nicht vor bewaffneten Interventionen zurück wie in Angola. In Indien erwähnen sie der faschistischen Terrorherrschaft Indira Gandhis uneingeschränkte Zustimmung und volle Unterstützung, insbesondere mithilfe ihrer Agenturpartei, der "Kommunistischen" Partei Indiens. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen "rechtsgerichtete Kräfte" betätigt diese sich an der barbarischen Unterdrückung der Volksmassen. Indiens Gefängnisse sind überfüllt mit politischen Gefangenen. Streiks und andere Aktionen des Widerstands werden mit drakonischen Strafen verfolgt. Der von Indira Gandhi verhängte Ausnahmezustand wurde von Monat zu Monat mit neuen brutalen Zwangsgesetzen verschärft. Die neue "Verfassung" regelt ihre unumschränkte Herrschaft. FORTSETZUNG S. 2

IN DER KÖLNER SPORTHALLE BEI BIERMANN'S KONZERT



Biermann ausgebürgert:

## DEMOKRATISCHER WIDERSTAND IN GANZ DEUTSCHLAND

Zur gleichen Zeit, als Biermann ausgebürgert wurde, betreibt die DDR in der UNO eine Entschließung, in der sie sich gegen Ausbürgerungen in Chile ausspricht und auffordert, entzogene Staatsbürgerschaften zurückzugeben. Was treibt sie dazu, die lauthals verurteilten Praktiken der chilenischen Faschisten selbst auszuüben? Biermann eröffnete seine Vorstellung in der Kölner Sporthalle mit dem Lied "So oder so, die Erde wird rot", in dem es heißt:

"Die deutsche Einheit wir dulden nicht, Daß nur das schwarze Pack davon spricht ..."

Da wurde bereits in Ostberlin das Urteil über ihn gefällt, denn er hatte gegen die revisionistische Doktrin von der "Unumkehrbarkeit der deutschen Teilung" verstoßen. Die Aufrechterhaltung und Vertiefung der deutschen Spaltung geht Honecker über alles, denn davon hängt die Existenz seines moskauhörigen Vasallenregimes ab. Aber der Wille des deutschen Volkes nach Einheit läßt sich nicht auf ewig vergewaltigen. Wird die faschistische Maßnahme der Ausbürgerung Erfolg haben?

Die Honecker-Clique kann zwar Biermanns Wiedereintritt verhindern, aber sie kann nicht verhindern, daß gerade aus Anlaß der Ausbürgerung der Widerstand wächst. Etwa 70 bekannte Künstler der DDR haben sofort öffentlichen Protest erhoben. Wer in Ost und West Hoffnungen auf "Liberalisierungstendenzen" der DDR hatte, wird umdenken müssen. Wolf Biermann selbst wird sich überlegen müssen, ob er weiterhin die Verhältnisse in der DDR als "sozialistisch" beschönigen will und ob "Genosse Honecker" "kritische Solidarität" verdient. Das Regime der neuen Bourgeoisie in der DDR ist der sozialimperialistischen Sowjetunion hörig, es ist ein Lakaienregime und darum ist

sein Weg vorgezeichnet: es kann nur immer reaktionärer werden, bis es von den Volksmassen gestürzt wird.

Die DKP hat in der BRD die Aufgabe übernommen, zu erklären, warum Wolf Biermann selbst schuld an seiner Ausbürgerung ist. Schon bevor die Ausbürgerung bekannt wurde, aber ganz in dieser Richtung schrieb die "TZ" am 16. 11.: "Wer ist erstaunt, daß dieser Biermann bei den Arbeitern in der DDR nicht gelitten ist?" Am 12. 11. wurde ihm "nationalistische Demagogie" vorgeworfen, weil er die Wiedervereinigung Deutschlands forderte. Der Wunsch des ganzen Volkes nach Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Einheit wird von der "UZ" gleichgesetzt mit "jedem beliebigen CSU- oder NPD-Programm". Diese moskauhörigen Hetzer müssen in der demokratischen Bewegung gründlich isoliert werden!

Ihr Geschäft wird heute noch erleichtert dadurch, daß einige führende Sozialdemokraten sich für Biermanns Auftritt eingesetzt haben. Deren Protest gegen die Unterdrückung in beiden deutschen Staaten und gegen die Spaltung ist pure Heuchelei. Sie selber repräsentieren eine Partei, die nach dem II. Weltkrieg im damaligen Interesse des USA-Imperialismus die Spaltung Deutschlands betrieben hat, sie selber sind die Verantwortlichen für die faschistische Gefahr in Westdeutschland. Ihre "Entrüstung" über die Maßnahmen Honeckers kann davon nicht ablenken.

Der Kampf gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann wird alle die vereinen, die wirklich für Freizügigkeit in ganz Deutschland eintreten und gegen die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten.

**FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER DDR!**  
**KUNDGEBUNG VOR DER DDR-VERTRETUNG IN BONN 18.12., 11Uhr**

Der USA-Imperialismus, angeschlagen durch die Siege der Völker der Welt, hat seine Menschenfeindlichkeit tausendfach enthüllt. Im Konkurrenzkampf mit der aufsteigenden Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus, hat seine Aggressivität in nichts nachgelassen.

Im eigenen Land nimmt die Rassenhetze, die Verfolgung von Minderheiten, die Polizeigewalt gegen jede Form der Auflehnung zunehmend offene terroristische Formen an. Streiks werden blutig niedergeschlagen, wenn sie nicht unter dem Kommando der korrupten Gewerkschaftsbosse stehen, willkürlich werden politische Gegner einem barbarischen Strafvollzug unterworfen und beliebig lang gefangen gehalten. Von einer durch und durch korrupten Justiz werden Angeklagte gefoltert, geschlagen und abgeurteilt.

Die Indianer von Wounded Knee, die sich gegen ihre Ausrottung zur Wehr setzten, wurden für Jahrelang in Gefängnis geworfen. Gary Tyler, ein schwarzer 18jähriger Schüler ist aufgrund einer rassistischen Verschwörung zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt worden.

Um seine Kolonialherrschaft und seine militärischen Stützpunkte zu erhalten inszenierte der USA-Imperialismus Militärausfälle. In Chile brachte er den Bluthund Pinochet an die Macht, um seinen Einfluß im rohstoffreichen und strategisch wichtigen Nahen Osten zu verteidigen, unterstützt er die gegen das palästinensische Volk und die arabischen Staaten gerichteten Aggressionen, Massenverhaftungen und Zwangsdeportationen der Zionisten.

In Spanien bedienten sich die USA-Imperialisten zur Sicherung ihrer Vorherrschaft in Westeuropas des verhassten Francofaschismus und ließen das spanische Volk mit Folter und Mord knechten. Auch heute, nach der heuchlerischen Amnestie des von Franco auf den Thron gehobenen Juan Carlos sitzen die Revolutionäre und wirklichen Patrioten im Gefängnis. Bei jedem Streik, jeder Demonstration ist die politische Polizei darauf aus, neue Kämpfer zu verhaften.

Ein Sturzpunkt der Weltrevolution ist heute das südliche Afrika. Die USA-Imperialisten sehen angesichts der heroischen Kämpfe der Völker von Namibia, Azania und Zimbabwe gegen Rassismus und Kolonialismus ihre Vorherrschaft bedroht. Umso wutentbrannt unterstützen sie den rassistischen Terror des Vorsteregimes, das in den letzten Wochen erneut hunderte insbesondere jugendliche Kämpfer in seine Kerker geworfen hat.

Doch gerade die gerechten Kämpfe der Völker des südlichen Afrika ermutigen die Völker in aller Welt in ihrem Kampf. Ihre heroischen Kampfaktionen beweisen, daß der brutalste faschistische Terror gegen die Volksmassen nichts ausrichten kann. Im Gegenteil: die Einkerkelung und Verschleppung der jugendlichen Afrikaner in Soweto entfachte nur den Haß und den Freiheitswillen der Afrikaner. Sie schlossen sich zu mächtigen Kampfemonstrationen für die Freilassung ihrer inhaftierten Klassenbrüder zusammen.

Dort wie überall in der Welt, ob in der Sowjetunion oder den USA, ob in Polen oder Spanien beflügelt der Ruf nach der Freilassung aller politischen Gefangenen die Kämpfe der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und gegen das Vorherrschaftsstreben der beiden Supermächte.

Es vergeht kein Tag, ohne daß diese beiden imperialistischen Mächte nicht neue Untaten verüben. Sie sind die großen Unterdrücker. Doch ihr Terror und ihre Raubzüge bergen den Keim ihrer endgültigen Niederlage. Sie können nicht über das Schicksal der Menschheit entscheiden. "Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht" (Mao Tsetung).

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**  
**DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT HILFT DIE WELT BEFREIEN!**



30 Jahre nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus sieht sich das deutsche Volk heute wieder besonderer Entrechtung und Unterdrückung ausgesetzt. Die DDR ist von den russischen Sozialimperialisten besetzt, die danach trachten, ganz Deutschland unter ihre Herrschaft zu zwingen. In der BRD und Westberlin treibt die westdeutsche Monopolbourgeoisie mit einer ungeheueren Schnelligkeit die Entrechtung des Volkes voran und bedroht das Volk mit einer neuen faschistischen Gefahr. Schon die Adenauer-Regierung trat den Kampf des deutschen Volkes gegen Faschismus und Krieg für ein vereintes, unabhängiges und demokratisches Deutschland mit Füßen. Während sie die Faschisten unbehelligt ließ, verfolgte sie die antifaschistischen, patriotischen und kommunistischen Kräfte mit den gleichen Gesetzen, die schon Hitler verwandt hatte. Jeder, der für ein vereintes Deutschland eintrat, der brüderliche Beziehungen zu den Arbeitern und Werktätigen in der DDR pflegte, jeder, der gegen die Wiederaufrüstung und die Kriegspläne der USA-Imperialisten auftrat, wurde verfolgt und ins Gefängnis gesteckt.

Die SPD/FDP-Regierung ist unter dem Slogan "Mehr Demokratie wagen" angetreten. Doch heute vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Revolutionär, Kommunist oder klassenbewußter Arbeiter vor Gericht steht. Heute sitzen wieder politische Gefangene in den westdeutschen Gefängnissen. Die Verurteilung Horst Mahlers zu 14 Jahren Gefängnis signalisierte den Kurs der westdeutschen Klassenjustiz: Bestrafung für antikapitalistische und ant imperialistische Gesinnung.

**STATUT DES RECHTSHILFEFONDS DER ROTEN HILFE**

- § 1 ZWECK  
Der Rechtshilfefonds der Roten Hilfe dient der finanziellen Unterstützung der durch die bürgerliche Klassenjustiz in der BRD und der DDR verfolgten und vor Gericht für ihre demokratischen Rechte entsetzten Kommunisten, Klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen.
- § 2 VERWENDUNG  
1. Der Rechtshilfefonds wird eingesetzt zur Finanzierung von a) Gerichts- und Verteidigerkosten sowie den zu leistenden Gegenleistungen.  
b) Dokumentations-, Informations- und Publikationskosten der politisch Verfolgten.  
2. Die für die Öffentlichkeitsarbeit (§ 2, 1b) erforderlichen Kosten dürfen 2% der Mittel des Rechtshilfefonds nicht übersteigen.  
3. Die Verwaltungskosten dürfen 5% der Mittel des Rechtshilfefonds nicht übersteigen.
- § 3 HELFERSBERECHTIGUNG  
Aus dem Rechtshilfefonds können Einzel- und Kollektivmitglieder der Roten Hilfe, sowie Nichtmitglieder, unterstützt werden, die 1. wegen ihrer revolutionären Weltanschauung und Tätigkeit von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgt werden.  
2. politisch diskreditiert werden (Berufsverbot, Gewerkschaftsausstoß, politische Entlassung etc.) und dagegen Maßnahmen zur Verteidigung der demokratischen Rechte ergreifen.
- § 4 ANTRAG AUF UNTERSTÜTZUNG  
1. Ein Antrag auf Unterstützung durch den Rechtshilfefonds ist von dem Hilfsberechtigten an den Rechtshilfeausschuß der Roten Hilfe zu stellen.  
2. Der Antrag muß sofort nach Erhalt einer Strafanzzeige sowie vor der Entscheidung über einschlägige rechtliche Schritte gestellt werden.  
3. Ein Antrag gilt jeweils nur für eine gerichtliche Instanz. Ein Verfahren, das von dem politisch Verfolgten vor eine neue Instanz gebracht werden soll, erfordert einen erneuten Antrag auf Unterstützung.
- § 5 GEWÄHRUNG DER UNTERSTÜTZUNG  
1. Die Unterstützung umfaßt die Gerichts-, Verteidiger- und Gegenleistungskosten sowie die der Öffentlichkeitsarbeit. Die Unterstützung kann auf einen oder einige dieser Bereiche begrenzt werden.  
2. Verteidigerkosten werden übernommen

44 Jahre Gefängnis, 250 000.- DM Geldstrafen haben westdeutsche Richter bisher allein in diesem Jahr in politischen Prozessen gegen Kommunisten, Revolutionäre und Klassenbewußte Arbeiter verhängt. Schmidt, Genscher, Kohl und Strauß behaupten dreist: "In der BRD gibt es keine politischen Prozesse, vor Gericht stehen nur Kriminelle und Terroristen!"

Wer sind die Angeklagten, die im letzten Jahr vor Gericht gestanden haben? Es sind Kommunisten wie Christian Heinrich, der wegen "Wehrkraftzersetzung" zu 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde, weil er Flugblätter unterzeichnete, die die westberliner Polizisten aufforderten, sich nicht gegen die um eine Kinderklinik kämpfende Kreuzberger Bevölkerung einzusetzen zu lassen, oder Thomas Luczak, der wegen "Verunglimpfung der BRD" zu 11 Monaten auf Bewahrung verurteilt wurde, weil er in einem Flugblatt der KPD schrieb: "Eine Million Arbeitslose sind ein millionenfacher Schrei gegen das kapitalistische Ausbeutersystem." Ausländische Revolutionäre und Patrioten wie vier Türken in Köln, wurden zu insgesamt 107 Monaten Gefängnis verurteilt - unter der Anschuldigung, sie bereiteten den bewaffneten Volksaufstand in der Türkei vor, die Beweismittel waren Schriften von Lenin und Mao Tsetung.

Wegen einer Kundgebung gegen die Vorherrschtspläne des russischen Sozialimperialismus wurden Werner Heuler, Mitglied des ZK der KPD, und d K. Schlöger zu insgesamt 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Antifaschisten, die wegen ihres entschlossenen Auftretens gegen einen Stand der NPD in einem Kölner Arbeiterviertel zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, müssen täglich damit rechnen, ins Gefängnis geschleppt zu werden, nachdem auch der Bundesgerichtshof die Urteile bestätigt hat.

Klassenbewußte Arbeiter wie die Türken Utus und Tarhan erhielten 12 und 9 Monate Gefängnis wegen ihrer Teilnahme an einem Streik der Arbeiter von Dynamit-Nobel in Fürth.

Dagegen wurde der Mitarbeiter Eichmanns, Ehlers, SS-Obersturmbandführer und Kommandeur für Belgien und Nordfrankreich, verantwortlich für die Deportation von 25000 belgischer Juden nach Auschwitz erst gar nicht vor Gericht gestellt, weil das Oberlandesgericht in Schleswig befand, daß dieser Faschist "nicht mit Sicherheit Kenntnis von den beabsichtigten Tötungshandlungen" gehabt habe.

Gerade in diesem Jahr haben die Schmidt/Genscher-Regierung mit der Verabschiedung

der Maulkorbparagrafen 88a und 130a und der "Antiterror-Gesetze" sowie die obersten Bundesgerichte mit zahlreichen Grundratsentscheidungen, durch die die Gesetze weiter verschärft wurden, die demokratischen Rechte des Volkes noch weiter abgebaut. Es werden nicht mehr nur klassenkämpferische und revolutionäre Aktionen verfolgt und angeklagt, sondern die freie Meinung und die proletarische Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus. Die politische Justiz in der BRD ist wieder wie in den 20er Jahren, wie unter Hitler, wie unter Adenauer zur Verfolgung der Gesinnung übergegangen. Sie ist zu einem wichtigen Faktor der neuen faschistischen Gefahr geworden.

In der DDR hat die neue Bourgeoisie eine sozialfaschistische Diktatur errichtet. Die ehemals antifaschistischen und proletarischen Machtorgane sind in ihr Gegenteil verkehrt. In vollständiger Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus hat die Honecker-Clique die Volksmassen ein erlösenloses Kontroll- und Unterdrückung unterworfen und alle Freiheitsrechte ausgelöscht. Die DDR ist zum Brückenkopf des kriegslüsternen Sozialimperialismus geworden, seine Truppen stehen bereit, jede Bewegung der Volksmassen niederzuschlagen.

Die Justiz in der DDR steht vollständig im Dienste der Sozialfaschisten. In den Gefängnissen sitzen über 6000 politische Gefangene. Sie wurden wegen "staatsfeindlicher Hetze", "Verächtlichmachung Angehöriger sozialistischer Staaten" oder "Republikflucht" verurteilt. Was die Richter darunter verstehen, zeigt das Urteil gegen einen Reichsbahnarbeiter zu 2 Jahren und 2 Monaten Gefängnis, weil er den Protest der Arbeiter und Werktätigen gegen den Einmarsch sowjetischer und DDR-Truppen dadurch zum Ausdruck brachte, daß er mit einem Bleistift an Waggonen "Freiheit für die CSSR!", "Soldaten, geht raus aus der CSSR!" und "Übt Solidarität, legt die Arbeit nieder!" schrieb. In Riesa rollten russische Panzer, begleitet von 2000 russischen Soldaten gegen die Unterzeichnen der "Petition für die volle Erlangung der Menschenrechte", mindestens 5 der Unterzeichnen wurden ins Gefängnis geworfen.

2 Jahre und 4 Monate Haft erhielt ein Arbeiter der "Deutsch-Sowjetischen Wismuth-AG", weil er sich mehrfach über die schlechten Arbeitsbedingungen beschwerte.

In den Gefängnissen werden die politischen Gefangenen mit nächtlichen Verhören, Schlägen und Aboandern von den anderen Gefangenen gepeinigt. Sie werden in "Tigerkäfige" gesperrt, in mit schimmelpilzbedeckte Kellerzellen, in denen zusätzlich massive Gitter eingezogen sind, die die Bewegungsmöglichkeiten weiter einschränken und den Zutritt zu Fenster und Türe unmöglich machen. Die Ernährung ist so schlecht, daß schwere gesundheitliche Schäden die Folge sind. Die Familien der politischen Gefangenen sind ständig Schikanen ausgesetzt, oft werden ihre Kinder in staatliche Kinderheime verschleppt.

Jede Kritik an dem von den neuen Zaren gelenkten Regime in der DDR, jede Regung gegen die mörderische Arbeitshetze, jede Stimme gegen die faschistische Unterdrückung fürchtet die Honecker-Clique wie die Pest.

In der BRD und Westberlin, in der DDR - in ganz Deutschland wird heute wieder der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Faschismus und Fremdherrschaft verfolgt. Mit Zuchthaus, Gefängnis- und hohen Geldstrafen wird bestraft, wer für Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden eintritt. Den politisch Verfolgten gehört die Solidarität der Volksmassen.

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**  
**SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCH VERFOLGTEN!**  
**KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN!**

- a) wenn der politisch Verfolgte sich aus juristischen Gründen nicht selbst verteidigen kann,  
b) wenn die Anklage oder die politische Bedeutung des Prozesses die Unterstützung durch einen Verteidiger erforderlich machen.  
c) wenn es nicht möglich ist, in den unter a) und b) genannten Fällen einen Verteidiger eigener Wahl vom Gericht als Pflichtverteidiger verpflichten zu lassen.
- 3. Die Höhe der Unterstützung richtet sich danach, inwieweit der politisch Verfolgte die entstehenden Kosten selbst oder durch andere Hilfe außer der Roten Hilfe aufbringen kann.
- 4. Die Unterstützung kann auch als Darlehen geleistet werden.
- § 6 VERWALTUNG  
1. Der Rechtshilfefonds wird vom Rechtshilfeausschuß der Roten Hilfe verwaltet.  
2. Der Rechtshilfeausschuß wird auf Vorschlag des Zentralvorstandes der Roten Hilfe vom Beirat mit Mehrheit gewählt. Der Ausschuss besteht aus 9 bis 15 Mitgliedern.  
3. Der Rechtshilfeausschuß entscheidet über Anträge, Art und Umfang der Unterstützung. Die Entscheidungen erfolgen durch Mehrheitsbeschluss auf Antrag eines Mitgliedes des Rechtshilfeausschusses kann der Beirat jederzeit abberufen werden.  
4. Der Rechtshilfeausschuß ist dem Beirat rechenschaftspflichtig. Jährlich erstattet er einen Finanzbericht. Dieser gilt auf Beschluß des Beirats als gebilligt und werden den Mitgliedern der Roten Hilfe, den Spendern sowie denen, die Unterstützung beantragt hatten, zugänglich gemacht und veröffentlicht.
- § 7 BEIRAT  
1. Der Beirat setzt sich aus je einem Vertreter des Zentralvorstandes der Roten Hilfe und der Kollektivmitglieder zusammen.  
2. Der Beirat trifft Entscheidungen mit Mehrheitsbeschluss. Er muß auf Antrag der Hälfte seiner Mitglieder oder eines Mitgliedes des Rechtshilfeausschusses einberufen werden.  
3. Der Beirat beschließt mit 2/3-Mehrheit Änderungen des vorliegenden Statuts.
- § 8 AUFLÖSUNG  
Der Rechtshilfefonds kann nur durch einstimmigen Beschluß des Beirats aufgelöst werden. Vorhandene Mittel des Rechtshilfefonds gehen dann in das Eigentum der Roten Hilfe über.

SETZ: Rote Hilfe, Bankhausstr. 1, 5000 Köln 30  
KONTO: Rote Hilfe, Reich für Geneserwirtschaft (BIC) Köln 13 20 7263 00

# Das ist das Zuchthaus Cottbus - Symbol des Sozialismus

POLITISCHE GEFANGENE IN DER DDR

Im Oktober 1972, zum 23. Gründungstag der DDR, gab es eine "Amnestie". 25 000 Gefangene, darunter etwa 5000 der damals 6000 politischen Gefangenen wurden freigelassen - auf Bewährung. Für die politischen Gefangenen hieß das zunächst: Zwangszuweisung einer Wohnung und einer Arbeitsstelle, Aushändigung eines neuen Passes, der sie sofort als ehemalige Häftlinge kenntlich macht, Verbot bestimmte Stadtteile, Gaststätten und Personen zu besuchen, Pflicht zu regelmäßiger Meldung bei der Polizei, der ABV (Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei) für den Wohnbezirk darf nach Gutdünken die Wohnung betreten usw. So saß mancher bald wieder in derselben Zelle, aus der ihn die großartige "Amnestie" befreit hatte. Kein Wunder auch, denn die Produktionsstätten in den Zuchthäusern (es herrscht allgemeine Arbeitspflicht für die Gefangenen) wurden nicht in die zugehörigen Betriebe zurückverlegt und durften nicht lange leer stehen. Nach Angaben von Amnesty International betrug die Zahl der politischen Gefangenen 1974 bereits wieder 6 000, heute liegt sie über 7 000.

## WAS SIND DIE VERBRECHEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN DER DDR ?

Bislang waren etwa 60% der politischen Gefangenen wegen Fluchtversuch oder Beihilfe dazu verurteilt. Die betreffenden Paragraphen dazu im Strafgesetzbuch sind §213 "Ungezügelter Grenzübertritt" und §105 "Staatsfeindlicher Menschenhandel". Insofern fallen unter diese 60% auch eine Reihe Angehöriger von Fluchthelferorganisationen, die sich an den Zuständen in der DDR bereichern wollen. (Wie der in dieser Ausgabe unserer Zeitung enthaltene Artikel über den "staatszerhaltenden Menschenhandel" zeigt, stehen sie im Grunde der DDR-Regierung sehr nah und werden weniger als politische Gegner, sondern als abgeschmierte Konkurrenten verurteilt.) Die mit Flucht in Zusammenhang stehenden Verurteilungen werden geringer durch die Perfektionierung des Zaunes, der das Zuchthaus DDR umgrenzt.

Einen enormen Anstieg aber gibt es bei Aktivitäten, die die sozialfaschistische Ordnung in der DDR angreifen. Die häufigsten Delikte seien genannt: "Staatsfeindliche Hetze" (§106 StGB) betreibt, wer z. B. "Schriften, Gegenstände oder Symbole" (etwa eine schwarze Armbinde zum 13. August), die die "Verhältnisse der DDR diskriminieren" verbreitet, oder wer "auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR zu leisten". "Hetze" wird mit Haft von 1 bis 5 Jahren bestraft. "Staatsfeindliche Gruppenbildung" (§107) begeht, wer "staatsfeindliche Tätigkeit" in organisierter Form zu leisten sich "zum Ziel setzt". Die Strafandrohung ist 3 bis 12 Jahre Haft, "der Versuch ist strafbar".

Damit ist jede politische Tätigkeit außerhalb der unter sozialfaschistischer Führung stehenden Organisationen untersagt.

## DDR-RICHTER : BRESCHNEWS WACHHUNDE

Der breiteste Widerstand in der DDR richtet sich gegen die russische Fremdherrschaft, ohne die das Honecker-Regime keinen Tag bestehen könnte. Mit sicherem Instinkt für diese Schwäche wurde ein Paragraph geschaffen, der diese Stütze des sozialfaschistischen Systems unangreifbar machen soll. Honecker nennt das zynisch "sozialistischen Internationalismus". Der §108 StGB lautet: "Staatsverbrechen, die gegen ein anderes sozialistisches Land gerichtet sind. In Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus werden Verbrechen nach §§ 96 bis 107 auch dann bestraft, wenn sie sich gegen Staaten des sozialistischen Weltsystems, ihre Organe, Organisationen, Repräsentanten oder Bürger richten."

Die besondere Gefährlichkeit des sozialfaschistischen Regimes in der DDR beruht darauf, daß es die ehemals proletarischen Machtorgane und alle gesellschaftlichen Organisationen okkupiert hat. Honecker verfügt über ein Netz von Kontrolle, Bespitzelung und

Terrorisierung der Volksmassen, wie es die Nazi-Faschisten nie besessen haben.

Für die politischen Gefangenen der DDR bedeutet dies, daß ihre Isolierung beinahe perfekt ist. Sie werden zu Ausgestoßenen der Gesellschaft erklärt. Keine öffentliche Aktion der proletarischen Klassensolidarität kann sie erreichen und ihnen Mut machen. Das Honecker-Regime will ihnen den Stempel der "Schädlinge" oder gar der "Geisteskranken" aufdrücken. Wo die aufrechte Gesinnung der Häftlinge nicht zu brechen ist, reagieren die Büttel mit blindem Haß. Der in diesem Jahr aus dem Zuchthaus Cottbus freigekommene Schriftsteller Stegmar Faust wurde von einem Leutnant der Gefängniswache schwer mißhandelt, weil er ein Lied sang, das in Cottbus verbreitet ist. Zur Melodie des antifaschistischen Liedes "Die Moorsoldaten" wurde ein Spottvers gedichtet:

"Cottbus heißt die öde Stätte  
Mit der "roten" Haftanstalt  
Zwingt politische Gefangene  
Hier zu langem Aufenthalt

Das ist das Zuchthaus Cottbus -  
Symbol des "Sozialismus"  
- in Aktion"

Gefangene, die "bu"-besserungsunwillig sind, werden in Einzelhaftzellen gesteckt, in Cottbus "Keller" genannt. Der "Keller" hätte auch einem Zuchthauskeller Ehre gemacht, in dem die Nazis ihre "besserungsunwilligen" Gefangenen quälten. Die Zellen sind eineinhalb mal drei Meter

groß und durch ein Gitter ist noch einmal ein hinterer Raum abgeteilt, "Tigerkäfig" genannt. Das Gitter wird nur Sonntags geöffnet zum Saubermachen des Vorrums, wo ein Kohleofen steht. Die Wände sind von der Feuchtigkeit mit dichtem Schimmel bedeckt. Die Fenster haben eine Blende, so daß man nicht ins Freie sehen kann und auch tags herrscht nur Dämmerlicht. Für die Notdurft der Gefangenen gibt es einen Kübel, der abends geleert wird und ständig die Luft verpestet. Warmes Essen gibt es nur an jedem dritten Tag (Steckrübenknödel oder Pellkartoffeln). Für die Kellerhaft kann es nur einen Grund geben: den Gefangenen körperlich und psychisch zu ruinieren. Tatsächlich verläßt fast keiner den Keller, ohne sich Kreislauf- und Magenbeschwerden zugezogen zu haben.

Nach Meinung der DDR-Behörden gibt es für "besserungsunwillig" noch eine Steigerung, nämlich psychisch krank. Nach dem Vorbild der heutigen Sowjetunion werden Gegner des Systems in Nervenkliniken eingeliefert und psychiatrisch zwangsbehandelt. Amnesty International erklärte im Mai 1976 den 1908 geborenen Walter Lange zum "Gefangenen des Monats"



Bild: einer der auf Menschen abgerichteten Schäferhunde an der DDR-Grenze. An einer Lauffeile befestigt soll der der Honecker-Clique helfen, die Grenze zu bewachen, die die DDR wie eine Zuchthausmauer umschließt.

## Staatlicher Menschenhandel

SCHMUTZIGER ALLTAG DER "ENTSPANNUNG"

In den Jahren 1970 bis 1975 wurden von der Bundesregierung für einen Preis von 250 Millionen DM 5 800 Gefangene aus der DDR "freigekauft" - für rund 40 000 DM pro Stück. "Freikaufen" wird seit 1963 praktiziert, aber erst die "Entspannungspolitik" brachte das Geschäft richtig in Schwung.

Die Bundesregierung rühmt die Ausweitung dieses Menschenhandels als Erfolg ihrer Politik, spricht von "mehr Humanität", "Normalisierung" und "Entspannung". Zugleich tut das Honecker-Regime alles, um die bisherigen Fluchtwege aus der DDR abzuschneiden. Die Todesautomaten an der Grenze werden perfektioniert, die Kontrolle und Bespitzelung der Volksmassen wuchert.

DDR- und Bundesregierung haben staatlicherseits die Arbeit der Fluchthelferorganisationen übernommen. Der Unterchied liegt im Endeffekt darin, daß beim "Freikaufen" allein die DDR-Behörden darüber entscheiden, wer das Land verläßt und daß die DDR jetzt das Geld einstreicht.

Der Vorteil liegt allein bei Honecker und seiner sozialfaschistischen Clique.

Das ist Tag für Tag das Ergebnis der "Entspannungspolitik": In der Erwartung eines guten geschäftlichen Einvernehmens mit der Sowjetunion und ihren Lakaien werden die Interessen des deutschen Volkes

mit Füßen getreten. Die sozialdemokratische Bundesregierung hängt so sehr an der Leine von Breschnew, daß sie die Verhältnisse in der DDR unerhört beschönigt. Wo allgemein bekannt ist, daß es in der DDR über 6 000 politische Gefangene gibt, behauptet die Bundesregierung von nur 1 500 zu wissen. Das dürfen ja wohl gerade die sein, die ihr Honecker auf den Lieferchein für das kommende Jahr geschrieben hat. Überall wird von der Bundesregierung verkündet, daß in der DDR die "Liberalisierung" begonnen hat, die man nicht durch Proteste gegen Honeckers Mordtaten stören dürfe. Der regierungsnahen SPIEGEL treibt den Zynismus auf die Spitze. Im Oktober 1976 schrieb er über Ausreisewillige:

"Die gerade erst knapp im Amt bestätigte SPD/FDP-Regierung muß darüber nachdenken, ob ihre Politik denen nützen soll, die aus der DDR weg wollen, oder jenen, die es mit Karl Liebknecht halten und "trotz alledem" bleiben möchten - freilich in der Hoffnung, daß mit mehr Normalität im zwischendeutschen Verhältnis auch mehr

Seine hochgradige "Besserungsunwilligkeit" zeigte sich zuerst 1961, als er gegen den Bau der Mauer protestierte. Später hielt er sich nicht an die Auflagen, die Straftatlassen gemacht werden und beantragte die Ausreise aus der DDR. So wurde er am 19. Oktober 1971 in die Psychiatrische Klinik in Leipzig-Dösen eingeliefert.

## DIE DRINGENDSTEN FORDERUNGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN

Die dringenden Forderungen der politischen Gefangenen der DDR lauten heute (vorgebracht von entlassenen Häftlingen im September 1976 in Westberlin):

1. Freie Wahl des Verteidigers nach der Verhaftung und Erlaubnis, über die Beschuldigung frei sprechen zu dürfen.
2. Uneingeschränkte Zulassung der Öffentlichkeit im Prozeß, also auch der Presse des In- und Auslands
3. Menschenwürdige Unterbringung, Verpflegung und medizinische Betreuung
4. Abschaffung der unmenschlichen Keller-Arresthaft
5. Abschaffung der Privilegien der Kriminellen gegenüber den politischen Gefangenen
6. Ausreichende Möglichkeiten der kulturellen Betätigung und Weiterbildung.

Das Schicksal der politischen Gefangenen in der DDR führt uns die sozialfaschistische Unterdrückung vor Augen, die der sowjetische Sozialimperialismus mit Hilfe seiner Lakaien gegen die Völker ausübt. Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten in ganz Deutschland müssen sich im Kampf um ihre Befreiung und gegen die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten zusammenschließen!

Liberalität in der DDR erreicht wird."

Hier wird also behauptet:

1. Die DDR ist auf dem Weg zu "mehr Liberalität";
2. Eine zu große Zahl von Ausreisenden würde diesen Prozeß behindern;
3. Darum ist es ratsam und im Sinne von Karl Liebknecht, nicht auf Freizügigkeit zu pochen, sondern auf "Liberalität" zu "hoffen".

Das ist nichts anderes als die Stimme Honeckers im Gewand des Beraters der Bundesregierung für gesamtdeutsche Probleme. Die DKP würde kaum anders Stellung nehmen.

Auch den Bundesbürgern soll Wohlverhalten gegenüber Breschnew aufgezungen werden. Die Feststellung "Breschnew ist der Hitler von heute" diente dem ZDF dazu, die Wahlsendungen der KPD zu unterdrücken. Neben den Revisionisten von der DKP, die öffentlich Breschnews Stiefel lecken, sind in der BRD die Verfechter der "Entspannungspolitik" die schlimmsten Feinde im Kampf unseres Volkes für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Wiedervereinigung, gegen die Gefahr eines Krieges der beiden Supermächte in Europa, die besonders vom sowjetischen Sozialimperialismus ausgeht.

STRAFANZEIGE GEGEN RUHLAND  
FREIHEIT HORST MAHLER

SCHLUSS MIT DER VERSCHLEPPUNG  
DURCH DIE STAATSANWALTSCHAFT

Fünf Monate wurde die am 26. 5. 76 gestellte, von Tausenden Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten unterstützte Strafanzeige gegen den "Kronzeugen" im Prozeß gegen Horst Mahler verschleppt. Das demokratische Recht, ein Wiederaufnahmeverfahren des Terrorprozesses einzuleiten, um das Gesinnungsurteil von 14 Jahren Gefängnis zu Fall zu bringen, wurde mit Füßen getreten. Jetzt nachdem der westberliner Justizsenator auf Druck der breiten Solidaritätsbewegung die Strafanzeige zur Kenntnis nehmen mußte, setzte er ausgerechnet den Kommunistenjäger Weber als Staatsanwalt zur Bearbeitung der Anzeige ein! Dieser Weber, der in einer Vielzahl von Prozessen Anklage mithilfe dieses "Kronzeugen" und Meineltschwärer Ruhland führte, der persönlich die ROTE HILFE anklagte, weil sie in einem Flugblatt wahrheitsgemäß Ruhland als ein von der Polizei gekauftes Subjekt bezeichnete, dieser Weber begann am 19. 11. seine "Ermittlungen" ausgerechnet bei Horst Mahler! Er besuchte ihn und wollte sich den "Sinn" der Anzeige interpretieren lassen! Welch ein Hohn! Diese "Ermittlungen" zielen nur darauf ab, die Strafanzeige in den Papierkorb wandern zu lassen. Der Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler der Kampf um die Freiheit Horst Mahlers muß umso entschlossener weitergeführt werden, je mehr die Staatsorgane unter Druck gesetzt sind und sich mit dem "Fall Horst Mahler" befassen. Deshalb ruft die ROTE HILFE dazu auf, zu Tausenden die Resolution (s. u.) zu unterzeichnen, sich einzureihen in die Solidaritätsfront FREIHEIT FÜR HORST MAHLER! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

HORST MAHLERS ANTWORT AUF DEN BESUCH VON STAATSANWALT WEBER  
"Ich protestiere gegen die Verschleppung des Ermittlungsverfahrens gegen den Kronzeugen Ruhland. Ich protestiere gegen die Zumutung, mich von dem hauptamtlichen Verschlepper dieses Verfahrens über den Sinn der Strafanzeige vernahmen zu lassen, nachdem es diesem nach fast 5 Monaten angeblich nicht klar ist, welchen Inhalt und Sinn und welche Zielrichtung die Strafanzeige gegen Ruhland hat. Ich weigere mich in irgendeiner Form eine Situation herzustellen, in der Herr Weber als Vernehmer und ich als Vernehmer erscheinen. Ich weiß die Tatsache richtig einzuschätzen, daß es der Staatsanwaltschaft in den 5 Monaten seit Einbringung der Anzeige angeblich nicht gelungen ist, den Sinn der Anzeige zu ermitteln. Ich weigere mich, Herrn Weber Nachhilfeunterricht in der Auslegung von Strafanzeigen zu erteilen."

OFFENER BRIEF AN JUSTIZSENATOR  
PROFESSOR BAUMANN:  
SIA WEBER MUSS ABGELÖST WERDEN!

Sehr geehrter Herr Senator, ... Sie haben auf die Aufdeckung der viereinhalbmonatigen Verschleppung der Strafanzeige gegen den "Kronzeugen" Ruhland damit reagiert, daß Sie einen Ersten Staatsanwalt zur vorrindlichen Bearbeitung dieser Anzeige von allen sonstigen Amtspflichten entbunden haben. Dafür ist Herr Staatsanwalt Weber als Sachbearbeiter benannt worden, dessen Eignung wir deswegen bezweifeln müssen, weil er die Kampagne "Freiheit für Horst Mahler" von Anfang an mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht hat. ... 5 Flugblätter zum Fall Horst Mahler hat er bereits beschlagnahmt und gegen ihren presserechtlich Verantwortlichen ermitteln lassen, mit bereits einem Erfolg von 30 Tagessätzen in erster Instanz, weil Oxfort für seine menschenrechtswidrige Entscheidung, Mahler nicht zum Sterbehelf seiner Mutter ausführen zu lassen, ein "Volksfeind" genannt wurde. ...

Wir fordern, diesen dermaßen aufs Gegen-teil festgelegten Staatsanwalt vom Auftrag der Ermittlungen gegen Ruhland zu entbinden und den Auftrag der Staatsanwaltschaft außerhalb der (politischen) Abteilung zu übertragen, da in der P-Abteilung keiner Dienst tut, der nicht schon für die Seite von Ruhland und der Sicherungsgruppe Bonn gegen die von ihnen Beschuldigten Partei ergriffen hätte.

Unterzeichnet von: Dr. Ingeborg Drewitz, Vizevorsitzende des V. S. Ingrid Kämmerer, Ärztin; Michael König, Schauspieler; Wolfgang Kolneder, Regisseur; den Rechtsanwälten Hajo Ehrigt, Philip Heinisch, Jürgen Tribowski, Wolfgang Wieland, Bernd Häusler, Henner Kraetsch, Harald Remé, Clemens Rothkegel, Peter Schöndienst, Hans-Jürgen Siehl; den Professoren Gerhard Bauer, Randoif Lochmann, Helmut Neumeier, Julius Posener; Ruth, Klaus, Peter, Axel und Wiebke Mahler.

DER STAND DER ARBEIT DES KOMITEES OKTOBER 1976

Seit dem zweiten Prozeß gegen Horst Mahler und seiner Verteilung zu zwölf Jahren wegen eines Bankraubes, der ihn nur durch einen zwei Jahre lang präparierten und dennoch im Prozeß zusammengebrochenen Zeugen angeklaget wurde, war das Bewußtsein vom "Fehlurteil" (ZEIT) und die Empörung über diese skandalöse Ausschaltung eines politischen Gegners weit verbreitet. Eine gezielte Kampagne zur Aufhebung des Gesinnungsurteils auf eine wirklich breite Basis zu stellen, wurde jedoch erst durch Horst Mahlers Selbstkritik und Kritik an der Politik der RAF möglich. Der Kampf allein gegen die Rechtsverletzungen, so folgenreich und bedrohlich sie waren, blieb ohne massenhafte Unterstützung. Er konnte erst breit und offensiv geführt werden, seitdem Horst Mahler den Massen und der Öffentlichkeit klarmachen konnte, daß auch seine Sache, sein Eintreten für die Rechte der Benachteiligten und Unterdrückten und sein Kampf gegen den Imperialismus nicht hinter Gefängnismauern gesteckt werden darf.

Die Kampagne wurde sehr dringend, weil die politische Verfolgung und Entrenchung durch Berufsverbote, neue Maulkorbgesetze und eine Lawine von politischen Prozessen anwuchs und weil der gegen Horst Mahler exemplarisch durchgesetzte Abbau demokratischer Rechte in hunderterten von neuen Verurteilungen aufgrund der politischen Gesinnung, in Massenausschlüssen von Verteidigern, in immer offenerer Begünstigung von Kronzeugen durch die Gerichte Schule machte.

Das Komitee kämpfte seit seiner Gründung im September 1975 für den Aufbau einer Aktionseinheit über unterschiedliche politische Positionen hinweg mit dem Ziel der Aufhebung des Gesinnungsurteils. In intensiven Diskussionen im Komitee wurde sowohl eine einseitige politische Festlegung überwunden wie der zu führende demokratische Kampf inhaltlich präzisiert. Kernpunkt der Plattform wurde die demokratische Forderung, daß auch ein Kommunist das selbstverständliche Recht haben muß, seine Meinung öffentlich frei zu vertreten. Die Kampagne löste gleich zu Beginn große Zustimmung aus. Die KPD und die Rote Hilfe setzten sich von Anfang an mit aller Energie für die Forderung FREIHEIT FÜR HORST MAHLER ein. Das Bewußtsein von der Langfristigkeit des zu führenden Kampfes minderte nicht das Siegesbewußtsein, mit dem die Forderung vertreten wurde.

In der Eröffnungsveranstaltung am 11. 10. 1976 brachten 3000 Demokraten und Kommunisten die unanhebige Kampfansage gegen die Weitverbreitung des Klassenurteils zum Ausdruck. In zahlreichen Diskussionen und Aktionen danach konnten immer mehr Menschen über das Urteil und die Forderung zu seiner Aufhebung informiert und konnten andere Organisationen für die Unterstützung der Forderung gewonnen werden. Die Podiumsdiskussion am 20. 2. mit Kritikern des Urteils von unterschiedlichen Positionen aus brachte, insbesondere durch den klaren, mutigen Beitrag von Pfarrer Albertz, ein erstes Ergebnis der Bemühungen um die Einigung von Demokraten und Kommunisten zur Erreichung dieses gemeinsamen Ziels deutlich zum Ausdruck.

Mit der Ausarbeitung und Einreichung der Strafanzeige gegen Ruhland (mit inzwischen 100 Unterschriften), mit der öffentlichen Vorstellung der Anzeige in der Großveranstaltung am 26. 5. setzten wir die nicht mehr zu überhörende Forderung FREIHEIT FÜR HORST MAHLER auch in einen rechtlichen Antrag um, mit dem sich die Justiz beschäftigen muß, und schufen die Grundlage für eine noch breitere Unterstützung. Über 5500 Menschen unterschrieben die Forderung zur Verurteilung Ruhlands mit dem Ziel der Wiederaufnahme des Verfahrens für Horst Mahler. Die HUMANISTISCHE UNION hat sich selbständig und aktiv für die Erhebung der Anklage und die Wiederaufnahme ausgesprochen, hat auch ihre Mitglieder über die Forderung informiert und zur Unterstützung aufgefordert. Die Pfadfinder, die Falken, fortschrittliche Kreise der Kirche, verschiedene Universitäts- und Gewerkschaftsgremien unterstützen die Forderung. Der Bund demokratischer Wissenschaftler, die Zeitschriften "Berliner Hefte" u. a. drucken eigene Darstellungen des Unrechtsurteils ab und fordern ihre Leser zum direkten Einsatz für eine schleunige Behandlung des Verfahrens auf.

Die bürgerliche Presse sah sich gezwungen, zunehmend über die Kampagne zu berichten. Die Staatsanwaltschaft wurde nach der Aufdeckung ihrer Verschleppung des Verfahrens gegen Ruhland durch eine Delegation der Unterzeichner beim Generalstaatsanwalt Treppe am 8. 10. zum Justizsenator am 11. 10. zur intensiven Bearbeitung des Verfahrens angewiesen, ein Erster Staatsanwalt eigens dafür abgestellt. Diese spät erwachte "Sorgfalt" der Justiz muß mit noch größerer Wachsamkeit des Komitees und der gesamten Öffentlichkeit beantwortet werden, damit sich zur Erhebung der Anklage gegen den seiner Lügen hinreichend überführten "Kronzeugen" Ruhland führt. Dazu soll die breite Postkartaktion an die Adresse der Staatsanwaltschaft dienen, die bereits von vielen Demokraten, Humanisten, Christen, Verteidigern des Rechtsstaats und Kritikern des Rechtsstaats unterstützt wird.

Eine große Rolle in der Kampagne FREIHEIT FÜR HORST MAHLER spielten die wiederum in der Vertretung dieser demokratischen Forderung gewonnenen Erfahrungen mit der politischen Justiz und Verfolgung. Der Aufruf dazu wurde von der FAZ und der Springerpresse mit dem Ruf nach einem Berufsverbot für Prof. Bauer beantwortet. Senator Löffler wies diesen Hetzruf keineswegs zurück, sondern bezog dieses "Delikt" in seine Vorer-mittlungen zu einem Disziplinarverfahren ein. Die jetzt abgeschlossenen Vorer-mittlungen subsumieren sämtliche demokratischen Aktivitäten von Prof. Bauer ohne Prüfung ihrer sachlichen Berechtigung unter den angeblich beamtenrechtswidrigen Tatbestand "Unterstützung der KPD". Sie führen in zwei Punkten auch seinen Einsatz im Komitee FREIHEIT FÜR HORST MAHLER als "Verletzung der Treupflicht" und "Verletzung der Maßigungspflicht" an. Die Propagierung der Forderung, ja selbst die eigene Diskussion über den Charakter des Urteils wurde mit Schikanen, mit Beschlagnahme von Flugblättern der ROTEN HILFE, mit Prozessen gegen Flugblattverteiler, Parolenplakat und presserechtlich Verantwortliche, mit Raumberbote und Redeverbote behindert und zu kriminalisieren versucht. Die Behinderung konnte durch einen verstärkten Einsatz und durch Aufdeckung ihrer Absicht in ihr Gegenteil, eine umso erfolgreicher Propagierung verkehrt werden. Fast alle Kriminalisierungsversuche wurden abgewiesen. Dem prominenten Kritiker des Urteils, Pfarrer Albertz, fuhr der Senatsdirektor von Stahl rüde über den Mund und bedeutete ihm, die Bezeichnung "Unrechtsurteil" sei eine strafliche Beleidigung der Herren Richter, womit faktisch jede Urteils-schelte und jede Wiederaufnahme Beurteilung des Urteils nicht abbringen. Der Amtsgerichtspräsident Munn brachte die herrschende Rechtsauffassung auf die klare Formel, Richter könnten verurteilen, wen sie wollten; sie seien an Logik und objektive Tatsachen nicht gebunden, sie brauchten sich nur die entsprechende "Überzeugung" zu machen. Selbst die Empörung über die menschenrechtswidrige Weigerung des früheren Justizesators Oxfort, Mahler aus dem Sterbehelf seiner Mutter ausführen zu lassen, sollte erstickt werden. Die Freunde und Mitglieder des Komitees, die damals vor dem Rathaus Schöneberg diese Empörung zum Ausdruck brachten, wurden nicht nur durch die Polizei vom Platz vertrieben, sondern danach noch wegen angeblicher Verletzung des "Bannkreises" vor Gericht gestellt. Sie konnten jedoch die Gegen-anklage gegen die wirkliche Rechtsverletzung durch den Senat auch im Prozeß so stark machen, daß die Staatsanwaltschaft sich daran die Finger verbrannte und das Gericht die Angeklagten, die nur die Behörde mit ihren Machtmitteln zu Angeklagten gemacht hatte, freisprechen mußte.

In dieser großen wie in den hundert kleinen Konfrontationen hat sich unübersehbar herausgestellt, daß von der Justiz und den sie überwachenden und abschirmenden Staatsbehörden nicht von selbst eine neutrale, pflicht-gemäße Behandlung der Anzeige, eine nüchterne Prüfung der vorgelegten unüberwindlichen Fakten zu erwarten ist. Über die Durchführung oder Ab-lehnung der Anklage gegen Ruhland, über die Wiederaufnahme selbst und über die Freilassung Horst Mahlers bis zur Ansetzung eines neuen Prozesses (wenn es einen solchen noch gibt) ist entschieden keine Paragrafenauslegung sondern der Druck der Öffentlichkeit. Nur ein starker, unanhebiger Druck kann die demoralisierten Justiz zur Korrektur ihres Gesinnungs-urteils bringen.

BRIEF DER HUMANISTISCHEN UNION AN DEN SENATOR FÜR JUSTIZ

HERRN PROF. DR. BAUMANN  
vom 25. 10. 1976  
Hochverehrter Herr Senator,

Wir möchten in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auf einen Gefangenen der JVA Tegel lenken; auf Herrn Horst Mahler. Herr Mahler, der sich seit dem 8. Oktober 1970 in Tegel in Haft befindet, darf nicht am gemeinsamen Sport teilnehmen, ist vom gemeinsamen Fernsehen ausgeschlossen und ihm ist die Teilnahme an anderen gemeinsamen Veranstaltungen verwehrt. Als er diese niederdrückende Situation in einem Brief nach draußen beschrieb, wurde er mit der Entziehung des Einkaufs für einen längeren Zeitraum bestraft.

Daher möchten wir Sie bitten, gerade in dem Falle von Horst Mahler mit der Durchführung Ihrer eingangs wiedergegebenen Gedanken durch konkrete Anweisungen an die JVA Tegel zu beginnen, soweit nicht schon entsprechende Verfügungen Ihrerseits ergangen sind.

Wir bitten Sie, Herrn Horst Mahler während seiner Haftzeit den anderen Gefangenen in der Behandlung gleichstellen zu lassen und ihm nach § 13 des neuen StrVollzG einen Jahresurlaub von 21 Kalendertagen zu gewähren, der ihm bisher sogar beim Tode seiner Mutter verwehrt wurde.

Wir bitten vor allem für Herrn Horst Mahler, ohne andere vergleichbare Fälle auszuschließen, da er durch seine Weigerung, sich nach der Lorenz-Entführung ausfliegen zu lassen, deutlich bewiesen hat, daß bei ihm Flucht- und Verdunklungsgefahr nicht besteht.

Wir tun es auch, weil die Humanistische Union gemeinsam mit anderen Kräften sich für eine Anklage des Kronzeugen Ruhland wegen wissentlich falscher Aussagen im Mahlerprozeß eingesetzt hat und einsetzt, um danach ein Wiederaufnahmeverfahren für Herrn Mahler in Gang zu bringen. Unser Bestreben ist es, Gerechtigkeit für Horst Mahler zu erringen, eine Gerechtigkeit, deren Hüter Sie, Herr Senator, in unserem Lande Berlin sind.

Die Anzeige gegen Ruhland (Aktenzeichen 2 PJs 603/76) wurde bis heute von u.a. folgenden Personen unterschrieben:

- Horst Mahler, Ruth Mahler, Axel Mahler, Wiebke Mahler, Klaus Mahler, Peter Mahler und Ingrid Mahler, Heinrich Albertz, Pfarrer Dr. Christian Berg, Kirchenrat; Frau Beifuss, Pastorin, Jochen Kamitz, Pfarrer; Klaus Wiestner, Pfarrer; Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Prof. Dr. Gerhard Bauer; Dr. Ernst Fuchs, Neurochirurg, Prof. Dr. Helmut Goltwitzer, Dr. Peter Heller, wa. Die. FZ, Prof. Klaus Kromeyer, Prof. Helmut Lewing, Alt-Prof. Linsenberg (Paris), Prof. Dr. Helmut Neumeier, Prof. Dr. Julius Posener, Prof. Dr. Gerhard Schneider, Prof. Dr. Walter Wernisch, Prof. Dr. Jürgen Zeck, Fritz Basse, Richter am Landgericht, Henrich Hannover, Rechtsanwalt; Philipp Henrich, Rechtsanwalt, Dr. Hans-Heinr. Heldmann, Rechtsanwalt; Heiner Kraetsch, Rechtsanwalt; Harald Loch, Rechtsanwalt; Harald Remé, Rechtsanwalt; Otto Schöly, Rechtsanwalt; Hans-Christian Sirobich, Rechtsanwalt; Wolfgang Wieland, Rechtsanwalt; Jean Amery, Schriftsteller; Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Hans-Magnus Enzenberger, Schriftsteller, Wolf-Dietrich Schmutz, Schriftsteller; Günther Walz, Schriftsteller.
- Klaus-Theo Gartner, Bundesjugendleiter; Ellen Hammer, Dramaturgin; Michael König, Schauspieler; Wolfgang Kolneder, Regisseur; Elke Peim, Schauspielerin; Frank-Patrick Stekel, Regisseur; Gerd Wameling, Schauspieler.
- Gilles Ailland, Maler; Inco Fanti, Maler; Nicolas Raut, Maler; Arch. Dr. Ing. M. Klemic.
- Heinz Brandt, IO-Mitarbeiter; Dieter Kutschmann, Rote Hilfe; Hartmut Schmidt, Rote Hilfe; Christian Semler, KPD.

Bisher haben etwa 5 500 die Resolution zur Verurteilung Ruhlands unterschrieben, u.a.:

- Prof. Timmo Westfahl, Osnabrück; Prof. Siegfried Kerstinger, Osnabrück; Prof. Martin Lang, Oldenburg; Prof. Walter Wernisch, Köln; Prof. Gerhard Schneider, Frankfurt; Akademiendirektor Dr. Günther Bernd, Berlin; Schriftsteller Günther Walz, Schriftsteller Peter Zali, Redakteur Felix Kubista, Pfarrer Bruno H. Müller, Frankfurt; Martin Michael, Schauspieler; Udo Gerhard Böhm, Gerhard Haag, Schauspieler; Detlef Michel, Schriftsteller; Detlef Frank Müller, Betriebsrat (IGCPK), Christen für den Sozialismus.

RESOLUTION

- Bestrafung des Kronzeugen Ruhland wegen Falschsausage und Mordteil -

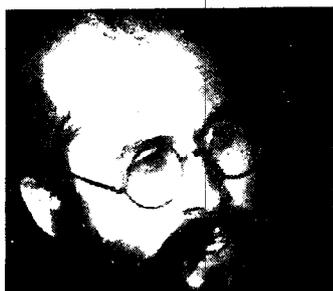
Karl Heinz Ruhland fungierte in dem Kammengerichtspräsidentenprozess gegen Horst Mahler 1972/73 als Hauptbelastungszeuge. Wie sich schon in dem Prozeß herausstellte, war Ruhland als Zeuge völlig unglaubwürdig. Mehrere hundertmal hat er sich widersprochen, die Unwahrheit gesagt und zahlreiche Personen tatsächlich beschuldigt. Ausschließlich aufgrund seiner Aussage wurde Horst Mahler zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies, obwohl Ruhland zuvor gegenüber fünf Zeugen zugegeben hatte, daß er Mahler zu Unrecht des Tatverhaltens bezichtigt habe, um selbst Begünstigungen und Strafmäßigkeit zu erhalten.

Wir unterstützen daher die Forderung, den Kronzeugen Ruhland wegen Mordteil und Verstoß gegen unteilbar Falschsausage zu bestrafen und den Weg für die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler freizumachen.

Name \_\_\_\_\_  
Beruf \_\_\_\_\_  
Adresse \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

zu senden an  
"Komitee Freiheit für Horst Mahler" - 1 Berlin 10 Postf. 100 196

KOMITEE  
FREIHEIT FÜR  
HORST MAHLER



Der Stand der Arbeit des Komitees Oktober 1976 - Stellungnahme von Pfarrer Albertz - Brief der Humanistischen Union - Wort von Horst Mahler - Zu den Initiatoren gegen Horst Mahler - Aufruf an den Rathaus - Zum Wiederaufnahmeverfahren - im Wortlaut Strafanzeige gegen Karl Heinz Ruhland

BROSCHÜRE NR. 4 ERSCHEINEN!  
Preis 1.50 DM

# GENOSSE KUNZELMANN VOR GERICHT

Im Prozeß gegen den Landesvorsitzenden der ROTEN HILFE in Westberlin, den Genossen Dieter Kunzelmann, am 28. Oktober hatte die Staatsanwaltschaft zwei Anklagepunkte zusammengeliefert: erstens einen angeblichen Aufruf zu einer spontanen Demonstration im Anschluß an eine Solidaritätskundgebung für den fortschrittlichen Rechtsanwalts Ströbele am Vorabend des Strafverfahrens gegen ihn, und zweitens eine "Beleidigung" des ehemaligen Justizsenators Oxfort, der in einem Flugblatt wegen der verweigerten Auslieferung Horst Mahlers ans Sterbebett und zur Beerdigung seiner Mutter als "Volksfeind mit einer unmenschlichen Fratze" bezeichnet wurde. Dafür hatte die Klassenjustiz einen Strafbefehl über 1800,- DM ausgestellt.

Als ich den Kollegen in meinem Betrieb von diesen Anklagepunkten berichtete, konnten sie es kaum glauben, daß die Gerichte so einen Prozeß führen. "Wo bleibt denn da die Meinungsfreiheit?", fragte mich am Tag vor dem Prozeß eine Kollegin. Um im Betrieb ausführlich über den Prozeß berichten zu können, nahm ich mir einen Tag Urlaub.

Das Ziel der RichterIn und des Staatsanwaltes wurde mir schnell klar: durch diesen Prozeß sollte nicht nur der angeklagte Genosse, sondern die ROTE HILFE kriminalisiert werden. Aber diese Rechnung ging nicht auf, denn sie war ohne den Genossen Kunzelmann gemacht: von Anfang an zog er einen dicken Trennungsschirm zwischen dem heuchlerischen Bemühen der RichterIn, eine "sachliche" Atmosphäre herzustellen, und der Frechheit, ihn und nicht Oxfort und die Polizisten anzuklagen, die damals brutal die spontane Demonstration der ROTEN HILFE überfallen hatten.

Überhaupt die Polizeizeugen - das war das Schärfste! So ein Oberbulle erzählte sehr überzeugend davon, warum er den Befehl zum Überfall - Überfall sagte er natürlich nicht, sondern sprach von der "Auflösung der Demonstration" - gegeben hat: als Einsatzleiter wurde ihm gemeldet, daß Demonstranten beim Ausbuddeln von Steinen beobachtet worden sind, er das Schlimmste befürchtete und deshalb die spontane Demonstration auflösen mußte. Starke Geschütze, die da aufgefahren werden, dachte ich mir. Doch der Genosse Dieter nahm den Einsatzleiter ins Kreuzverhör: "Ist Ihnen, Herr Zeuge, bekannt, daß z. B. am 2. Juni 1967 nach der Ermordung von Benno Ohnesorg mehrere Stunden lang über die Funkbetriebszentrale der Polizei bewußt die Falschmeldung an alle Polizisten durchgegeben wurde, ein Polizist sei von den Demonstranten getötet worden?"

Nach einigem Stottern des Polizeioberrats verbietet die RichterIn die Frage. "Herr Zeuge, gehe ich fehl in der Annahme, daß von der Polizeiführung Provokateure in Demonstrationen eingeschleust werden, um Vorwände für Überfälle zu schaffen?" Als die RichterIn auch diese Frage verbietet, gibt der angeklagte Genosse eine Erklärung ab, in der er die Verbrechen der Polizei beim Namen nennt, das geplante faschistische Polizeigesetz scharf anprangert und am Beispiel der zufällig aufgeflohenen kriminellen Bande in der Westberliner Polizei, die unter Führung des Polizeimörders Salzwedel Geschäfte ausraubte und das Diebesgut an andere Polizisten verkaufte, die Korruption und Verkommenheit der Bürgerkriegstruppe des Kapitals beim Namen nannte.

Die RichterIn wußte sich gegen diese Anklage gegen die Polizei nur dadurch zu wehren, daß sie den Genossen mit der Androhung eines neuen Verfahrens wegen "Beleidigung" des Polizisten Salzwedel einzuschüchtern versuchte - vergeblich.

In der Zwischenzeit war ein Roter Helfer von der Besichtigung des angeblichen Steinausbuddelplatzes zurückgekommen und teilte dem Verteidiger mit, daß es dort überhaupt keine Steine gibt, sondern alles ausbetoniert ist. Der Polizeioberrat hatte also das Blaue vom Himmel heruntergelogen - doch trotz der Forderung selbst des Staatsanwaltes auf Freispruch in diesem Punkt verurteilte die RichterIn Schott.

Der zweite Anklagepunkt, die angebliche Beleidigung des früheren Justizsenators Oxfort, sollte den Kampf FREIHEIT FÜR HORST MAHLER kriminalisieren. In seiner Einlassung zur Sache, die dann von

Peter Mahler, dem Bruder von Horst Mahler, als Zeuge der Verteidigung nochmals untermauert wurde, schilderte der Genosse Kunzelmann den Kampf der ROTEN HILFE für die Auslieferung Horst Mahlers ans Sterbebett und zur Beerdigung seiner Mutter. Statt endlich die seit sechs Monaten der Staatsanwaltschaft vorliegende Strafanzeige gegen den Meineltschwörer Ruhland zur Anklageerhebung zu bringen, werden Rote Helfer und fortschrittliche Menschen vom Komitee FREIHEIT FÜR HORST MAHLER von der Klassenjustiz verfolgt. Der Genosse Dieter machte klar, wer verantwortlich ist, daß Horst Mahler seit mehr als sechs Jahren widerrechtlich hinter Gefängnismauern eingekerkert ist. Die Zynik der KlassenrichterIn kam dann an zwei Punkten zu Tage: zum einen lehnte sie es ab - das Kreuzverhör der Polizisten lag ihr noch im Magen - den "beleidigten" Oxfort als Zeugen zu laden, zum anderen stellte sie Peter Mahler die provokatorische Frage, ob ihm zu Ohren gekommen sei, daß Horst Mahler bei einer Ausführung hätte entführt werden können!

Als Genosse Kunzelmann der RichterIn diese Frage um die Ohren schlug, wollte sie ihm erneut das Wort verbieten. Empört wurd e ihr entgegengeschleudert:

"Sie, Frau RichterIn Schott, die Sie Horst Mahler bei einem anderen Verfahren gegen mich brutal genau aus diesem Saal haben schleppen lassen, Sie, die Sie hier versuchen, mit den überlsten Mitteln den gerechten Kampf FREIHEIT FÜR HORST MAHLER kriminalisieren, Sie, die Sie bereits vor Abschluß der Beweisaufnahme das Urteil unter Ihrer Robe versteckt haben, Sie haben nicht das geringste Recht, mir das Wort zu verbieten. Noch bestehen minimale Rechte von Angeklagten und die ROTE HILFE wird diese Rechte entschieden verteidigen. Noch befindet sich mich hier vor einem Westberliner bürgerlichen Klassengericht und nicht vor einer sozialfaschistischen Strafkammer Ostberlins. Aber selbst dort gelingt es der Honecker-Clique nicht, klassenbewußten Kollegen den Mund zu verbieten, noch sehr viel weniger wird es hier der Bourgeoisie und ihren Erfüllungsgehilfen wie Sie eine sind gelingen, die Friedhofsruhe herzustellen! Mit solchen Prozeßen ist der Kampf FREIHEIT FÜR HORST MAHLER nicht zu stoppen. Und wenn erst vor wenigen Tagen der Justizsenator Baumann lügenerisch behauptet hat, daß jetzt das Ermittlungsverfahren gegen den Meineltschwörer Ruhland durch die Abstellung eines Staatsanwaltes allein für dieses Verfahren beschleunigt werden soll, so kann er damit niemand hinters Licht führen. Dieser abgestellte Staatsanwalt ist nämlich niemand anderes als der berüchtigte Kommunistenverfolger Weber, der natürlich das Ermittlungsverfahren beschleunigen wird, aber nicht mit dem Ziel einer Anklageerhebung, sondern mit dem Ziel einer Einstellung. Im Namen der ROTEN HILFE und aller fortschrittlichen Menschen fordere ich die sofortige Ablösung des Staatsanwaltes Weber als "Sachbearbeiter" des Vertuschungsverfahrens für den Meineltschwörer Ruhland!"

Trotz des folgenden Urteils über 800,-DM ging ich gestärkt aus dem Gerichtssaal, denn das kämpferische und mutige Auftreten unseres Genossen hat mir gezeigt, daß man die bürgerliche Klassenjustiz nicht zu fürchten braucht.

Zwei Tage später, als ich mit dem Genossen Dieter im Stadtteil die RHZ verkaufte, kam ein uns unbekannter älterer Kollege zu Dieter, gab ihm eine Mark und sagte: "Damit Du die 800,-DM bezahlen kannst."

# Freiheit für Horst Mahler!

HOECHST-WERKE: JUNGARBEITER UND LEHRLINGE SCHREIBEN HORST MAHLER

Auf Vorschlag der Zelle des Kommunistischen Jugendverbandes schrieben einige Kollegen von Hoechst/Frankfurt einen Brief an Horst Mahler. Der Brief wurde von weiteren 13 Lehrlingen und Jungarbeitern unterschrieben.

Lieber Horst Mahler!

Wir, Hoechster Lehrlinge und Kollegen solidarisieren uns mit dem Kampf um deine Freilassung. Wir fordern die Wiederaufnahme des Verfahrens, weil du ohne Beweis, allein gestützt auf die Meinende von Ruhland zu unrecht verurteilt worden bist. Wir sehen in deiner Verurteilung ein Gesinnungsurteil, weil dein Eintreten gegen den kapitalistischen Staat bestraft wurde. Damit zeigt sich, daß die allgemeine Meinungsfreiheit nur als Meinungsfreiheit für die Bourgeoisie gilt.

Gegen dich ist ein Urteil gesprochen worden, das als Teil des Abbaus der demokratischen Rechte des Volkes gesehen und bekämpft werden muß. Dieser Abbau zeigt sich durch weitere faschistische Gesetze, besonders die 13./14. Strafrechtsänderung (130a, 88a), womit die revolutionäre Propaganda, wie Aufruf zu Streiks und Arbeitskämpfen, zum Sturz des Systems, die Benennung der BRD als Ausbeuterstaat unter Freiheitsstrafe gestellt wird. Gegen die faschistische Gefahr in der BRD muß eine breite Einheitsfront mit allen Demokraten

geschlossen werden. Mit der DKP, die für die Unterdrückung in der DDR eintritt, die den Überfall des Warschauer Paktes unter Führung der UdSSR auf die CSSR verteidigt, gibt es keine Einheit, denn sie sind keine Demokraten. Wir werden jeden Kampf um demokratische Rechte in der BRD sowie in der DDR unterstützen.

Wir hoffen auf deine baldige Freilassung und wünschen dir viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen!

Ein Lehrling schrieb noch dazu:

Lieber Horst Mahler!

Dieser Brief als Zusatz zu unserem Brief an dich. Ich möchte dir meine Beweggründe mitteilen, die mich dazu gebracht haben, diesen Brief zu unterzeichnen. Ich habe dies nicht aus kommunistischen Idealen heraus getan, obwohl ich politisch links gerichtet bin. Nachdem ich wichtige Auszüge aus deinen Prozeßakten gelesen habe, bin ich zu dem Schluß gekommen, daß deine Verurteilung eine riesengroße Schweinerei ist. Da sie ein Angriff auf antikapitalistische Gesinnung in der ganzen BRD darstellt. Deine Freiheit ist meiner Meinung nach nötig, um den Kapitalisten zu zeigen, daß sie nicht alles können, was sie wollen. Auch der Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte wird die Aufhebung des gegen dich gefällten Terrorurteils Aufschwung geben.

Solidarische Grüße R.

15.12.76, 9 Uhr im Amtsgericht Tiergarten/Westberlin  
HORST MAHLER ALS ZEUGE IM PROZESS GEGEN GENOSSEN DIETER KUNZELMANN

## Gefängnis für Plakatkleben

Vom 30.9. bis 19.11. fand in Neuburg a. d. Donau vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen fünf Freunde und Genossen des KJVD statt. Die Anklage lautete "Sachbeschädigung" wegen des Malens von Parolen gegen die Kriegsgefahr, gegen Arbeitslosigkeit und Krise.

Wie das Urteil - dreimal 2 Monate Gefängnis ohne Bewährung, einmal 1 Woche Jugendarrest, ein Einspruch - so war der Prozeß, vom Richter als "unpolitischer" bezeichnet, "denn in der BRD gibt es keine politischen Prozesse"! Ein massives Polizeiaufgebot, Verteidigerbehinderung, Zeugen, die nichts anderes als über die Beschaffenheit der bemalten Mauern aussagten - kurz, die Klassenjustiz hat auch die Provinz erreicht.

Ein Angeklagter berichtete über den Prozeß und schrieb:

Je länger der Prozeß dauerte, desto zahlreicher kamen die Zuschauer, an den letzten beiden Tagen war der Gerichtssaal bis auf den letzten Platz voll, nach der Verurteilung und dem Bekanntwerden des Urteils drückten viele Leute spontan ihre Empörung aus und versicherten den Angeklagten ihre Solidarität.

In Eichstätt, einer Stadt in der Nähe von Neuburg, wo einer der Angeklagten studiert, wurde aufgrund des großen Interesses seiner Mitstudierenden, viele hatten den Prozeß als Zuhörer mitverfolgt, eine Veranstaltung durchgeführt.

Auf der Veranstaltung, die zahlreich besucht war, sprach auch einer der Verteidiger im Neuburger Prozeß über die Hintergründe und das Ausmaß der politischen Unterdrückung in Deutschland, außerdem faßte ein Angeklagter den Prozeß noch einmal zusammen, und einige Zuschauer berichteten von ihren Eindrücken.

Als Ergebnis beschloß man, am Ort einen Arbeitskreis Politische Unterdrückung aufzubauen, der inzwischen die Arbeit bereits aufgenommen hat und sich zum Ziel setzt, sich Klarheit über die Hintergründe und Ursachen der politischen Unterdrückung zu verschaffen, politische Unterdrückung zu bekämpfen, auch im anderen Teil Deutschlands, und politisch verfolgte zu unterstützen.

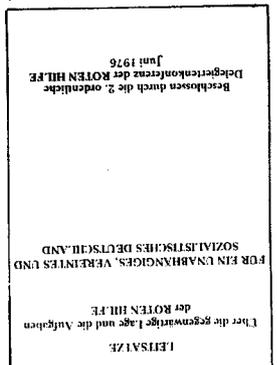
BROSCHÜREN DER ROTEN HILFE



Prets: 2.50 DM, 100 Seiten

Inhalt:

- Die Strafanzeige gegen Ruhland
- Das Wiederaufnahmeverfahren: Ablehnung als Regel, Erfolg als Ausnahme
- Das Urteil gegen Mahler: Rechtsbeugung und Gesinnungsjustiz -1966-76: Mahlers Weg an die Seite der Arbeiterklasse
- ROTE HILFE tut not
- Das Gesinnungsurteil im Wortlaut



Prets: 0.50 DM, 16 Seiten

Bestellungen an ROTE HILFE  
Rothhausstr. 1 5000 Köln 30

# POLEN: WACHSENDE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE VERFOLGTEN ARBEITER

In der Rote Hilfe-Zeitung vom 3. September 1976 schrieben wir, in den polnischen Städten Ursus und Radom seien wegen der Kampffaktionen gegen die Preiserhöhungen 13 Arbeiter verurteilt worden.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die wirklichen Zahlen des Justizterrors viel höher liegen. Die von uns angesprochenen Fälle wurden lediglich von den polnischen Behörden zur Abschreckung bekannt gemacht, in Wirklichkeit werden alle die revolutionären Arbeiter, die im Kampf standen, brutal verfolgt.

Anfang Oktober teilte das "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" die Anzahl derjenigen Verfolgten mit, mit denen sie trotz schwierigster Bedingungen in Kontakt treten konnten. In Ursus sind die Namen von 144 Entlassenen bekannt. Es wird davon ausgegangen, daß ihre Gesamtzahl um eintausend liegt. 81 Namen von Arbeitern konnten festgestellt werden, die durch verschiedene Gerichte zu Haftstrafen verurteilt worden sind.

In Radom wurden mindestens 4 Arbeiter von Polizei und Spezialeinheiten des Militärs während der Kämpfe ermordet. In 73 Fällen wurden Verurteilungen bekannt, davon in der Mehrzahl mehrjährige Haftstrafen. Während ihrer Haft wurden die Gefangenen



Bild: Wie hier gegen das Parteihaus in Stettin im Jahre 1970, richtete sich auch in diesem Jahr der Haß der Arbeiter gegen die Gebäude der sozialfaschistischen Partei. In Radom wurden im Parteihaus große Mengen an Luxusgütern gefunden. Anschließend wurde es in Brand gesteckt.

brutal mißhandelt und unter Folter zu Aussagen gezwungen. Die Namen von 114 aus ihrer Arbeit entlassenen sind bekannt. In beiden Städten dauert die Verfolgung noch an.

Das Komitee hat trotz ständiger Polizeischikanen eine rege Hilfstätigkeit entfaltet. Bis zum November wurden in ganz Polen 363 000 Sloty (rund 45 000DM) für die Unterstützung der Verfolgten und ihrer Familien gesammelt. Das zeigt, daß der sozialfaschistische Terror die Klassensolidarität der polnischen Arbeiter nicht besiegen kann. 889 Arbeiter der Traktorenfabrik von Ursus haben neulich einen Brief unterzeichnet, in dem von Staatschef Gierek die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen verlangt wird.

Das Komitee hat sich in der letzten Zeit mit 3 "Kommunikés" an die polnische und internationale Öffentlichkeit gewandt und die Unterdrückung der Arbeiter angeprangert. Daraufhin wurde von der Geheimpolizei ein angebliches "Kommunique No 4" in die Öffentlichkeit geschleust mit der Hoffnung, damit die Arbeit des Komitees verleumdend und Hilfeleistende einschüchtern zu können. Der Inhalt dieses "Kommunikés No 4", das wir im folgenden abdrucken, bringt gut zum Ausdruck, wovor die Gierke-Clique Angst hat: "Versammlungen", "Geldsammelungen", "Informationen über Unrechttaten der Polizei":

(KOMMUNIQUE No. 4

(Fälschung der Geheimpolizei)

Unser jüngstes Kommuniké erscheint aus prinzipiellen Gründen in verkürzter Form. In die Reihen unseres Komitees sowie in die Kreise unserer Sympathisanten ist eine große Anzahl von Provokateuren und Vertrauensleuten gelangt. Mitglieder des Komitees und Personen, die unsere Aktivität unterstützen, werden schikaniert. Personen, die von uns Hilfe erhalten haben, wenden sich, durch Polizei und Sicherheitsdienst eingeschüchtert, von uns ab, erstatten sogar Anzeige und verursachen so weitere Schikanen gegen die Hilfeleistenden. Strohmänner organisieren Sammlungen von Geldern, die später zusammen mit den Verzeichnissen der Spender den zuständigen Organen übergeben werden. Diese Leute sammeln außerdem Informationen über Unrechttaten der Polizei, um später die von Unrecht und Repression Betroffenen der Übermittlung falscher Nachrichten an Sendlinge "feindlicher Zentren" zu beschuldigen. Diese ganze Aktivität ist wieder einmal ein Beispiel für die von der "Sicherheit" angewandten Methoden. In dieser Lage bricht das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter seine Tätigkeit ab und warnt davor, sich irgendwie weiter zu engagieren. Vertraut nicht angeblichen Abgesandten des Komitees, hört auf mit dem Geldsammeln, nehmt von niemandem weitere Kommunikés oder Informationsbulletins an, denn auch hier wird Provokation betrieben. Das Komitee wird weitere Kommunikés nicht herausgeben. Glaubt an niemandes Hilfe oder Schutz denn das kann sich als Unwahrheit herausstellen. Laßt Euch nicht hinreißen, zu keinerlei öffentlichen Auftritten, auf Versammlungen in Eurer Umgebung. Über unsere weiteren Aktionen werde Ihr in veränderter Form benachrichtigt.

Komitee  
zur Verteidigung der Arbeiter

## BGH revidiert Öllerer-Urteil

Kaum eine Stunde brauchte der Bundesgerichtshof (BGH), um das Urteil des Landesgerichts Lüneburg aufzuheben, das Klaus Öllerer von der Anklage der Wehrkraftzerstörung nach § 89 StGB wegen des "Parteienprivilegs" für die KPD freigesprochen hatte. Dieses Urteil ist ein qualitativ neuer Schritt in der reaktionären Ausrichtung der Klassenjustiz bei der Verfolgung von Kommunisten.

Der Plan der roten Roben in Karlsruhe, die

Verhandlung als "hochstehende Rechtsdiskussion" durchzuführen, wurde jedoch gründlich durchkreuzt. Bevor Klaus Öllerer das Wort ergriff, erklärte der Vorsitzende Richter, er habe in der Roten Fahne gelesen, daß hier ein Tribunal gegen die Klassenjustiz stattfinden sollte. Propagandarede werde er aber nicht dulden und der Angeklagte sei wohl kaum in der Lage, zu diesen "hochstehenden Rechtsfragen" etwas zu sagen. Doch Klaus Öllerer ergriff das Wort und zerriß mit seiner Rede den juristischen Vorhang. Er prangerte den Ver-

such des Gerichts an, die KPD zu kriminalisieren und begründete seinen Kampf in der Bundeswehr, um die Soldaten für die proletarische Revolution zu gewinnen. Rechtsanwalt Remé widerlegte die Revisionsbegründung der Bundesanwaltschaft Punkt für Punkt, doch das Urteil des BGH stand schon fest.

Als Gründe für die Aufhebung des Lüneburger Urteils gab der BGH an, daß der Ausschuß "Kampf dem BRD-Imperialismus", in dem Klaus Öllerer in der Kaserne gekämpft habe, organisatorisch unabhängig von der KPD gewesen sei. Das Parteienprivileg schütze aber nur die Parteitätigkeit. Damit warf der BGH die Ermittlungsergebnisse des LG Lüneburg über den Haufen, das festgestellt habe, daß allein die Tätigkeit im Ausschuß eine Anklage wegen § 89a nicht, rechtfertige und deshalb auch

alle anderen Mitglieder des Ausschusses nicht angeklagt werden könnten. Gegen Klaus Öllerer aber wurde Anklage eröffnet, weil er für die KPD und ihr Programm tätig gewesen sei. Welch eine Konstruktion des BGH: er zieht - entsprechend des LG Lüneburg - die Parteitätigkeit Klaus Öllereers heran, um ihn zu verurteilen, und entzieht ihm zugleich den "Schutz des Parteienprivilegs."

Weiter begründet der BGH, Klaus Öllerer habe gegen § 15 des Soldatengesetzes verstoßen, der die politische Tätigkeit in der Kaserne verbietet. Da damit der Genosse nicht mehr mit "allgemein erlaubten Mitteln" tätig war, komme der "Schutz des Parteienprivilegs" nicht in Frage. Also: Die politische Meinungsfreiheit endet vor dem Kasernentor, das "Parteienprivileg" existiert nicht für die KPD.

# Die internationale hilft die Welt

## AUS SPANIEN: DANK FÜR GELEISTETE HILFE

Mitte Oktober haben die Ortsgruppen in Westberlin mehr als 500.- DM für die politischen Gefangenen und ihre Familien in Spanien zusammen mit einem Brief abgesandt. Das Ziel jeder Ortsgruppe, mindestens 100.- DM innerhalb von sechs Wochen zu sammeln, wurde übertraffen.

Die Ortsgruppe Moabit erhielt Spenden von 152.- DM, darunter drei Einzelspenden von 50.-, 10.- und 15.- DM. Auf einem Fest wurden 61.- DM gesammelt.

14 Tage nach Absendung erreichte uns die erste Antwort einer der Familien:

Liebe Freunde,  
Wir haben Euren Brief und die Überweisung von 4.217 Peseten erhalten, wofür wir Euch sehr danken.

Es macht uns sehr fröhlich zu wissen, daß es Leute gibt, die sich um uns bemühen, die

wir in Spanien immer noch unterdrückt werden.

Unsere Situation ist die gleiche wie vorher. Mit Arbeit ist es sehr schlecht; man macht uns Hoffnungen, daß es bald mehr Arbeitsplätze geben wird, aber die Tage vergehen und jedesmal gibt es noch mehr Entlassungen.

Unser Mädchen ist noch immer im Gefängnis und wir wissen nicht, wann endlich die Gerichtsverhandlung stattfinden wird. Das Volk fordert auf das stärkste die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, aber es ereignet sich nichts in dieser Hinsicht. Die Kämpfe der Arbeiterklasse dauern an. Erst jetzt hatten wir einen totalen Streik der Busfahrer.

Wir, die ganze Familie, umarmen Euch herzlich und sagen Euch nochmal Dank für Eure Hilfe.

## USA: 92 000 UNTERSCHRIFTEN FÜR GARY TYLER

In der Rote Hilfe-Zeitung vom September berichteten wir bereits über den achtehnjährigen farbigen Schüler Gary Tyler. Er sitzt in einer Todeszelle des amerikanischen Bundesstaates Louisiana. Durch eine rassistische Verschwörung wurde er beschuldigt, einen weißen Schüler erschossen zu haben, wurde vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Das felle Komplott und seine rassistischen Motive wurden schnell bekannt. Es bildeten sich überall "Volksverteidigungskomitees für die Befreiung von Gary Tyler", die unter den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten der amerikanischen Gesellschaft, besonders auch unter den Schwarzen die Arbeit aufnahmen. Sie kämpften nicht nur für Tylers Freilassung, sondern auch gegen das ganze System der Rassendiskriminierung und der nationalen Unterdrückung sowie gegen die Todesstrafe, die durch das Oberste Gericht kürzlich wieder eingeführt wurde.

Im Oktober konnten dem Gouverneur von Louisiana, Edwards, bereits 92 000 Unterschriften unter einer Petition für die Freilassung von Gary Tyler übergeben werden. Gary Tyler verlangt eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ihn, um die Verschwörung aufdecken zu können. Am 10. November sollte dazu eine Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof stattfinden. Das Ergebnis ist uns noch nicht bekannt. Das Komitee vertritt aber die Überzeugung, daß



Bild: Übergabe der Petitionen den den Gouverneur von Louisiana

die amerikanische Justiz nur die Sprache des Massenprotestes versteht. Darum wurden in der Woche der Anhörung Massendemonstrationen in allen amerikanischen Bundesstaaten organisiert.

Auch aus verschiedenen europäischen Ländern kommt Unterstützung für den Kampf des Komitees. Drei Ortsgruppen der ROTEN HILFE haben Patenschaften für Gary Tyler übernommen und unterstützen im Geist des proletarischen Internationalismus den Kampf gegen die rassistische Justiz der Kapitalistenklasse in den USA.

# Solidarität befreien

# IRAN: FREIEN ZUGANG FÜR DIE INTERNATIONALE DELEGATION



Tel al Zataar im Januar 1975.....

## Tel al Zataar - Symbol des heldenhaften Widerstands kampfes des palästinensischen Volkes

52 Tage lang lag das Beirut Palästinenserlager Tel al Zataar unter dem mörderischen Bombenhagel der faschistischen Milizen. 60 000 Raketen und Granaten gingen auf das 2 qkm große Lager nieder, das von 3 000 faschistischen Milizionären eingekesselt und bestürmt wurde. Die Lage war verzweifelt - aber die Männer, Frauen und Kinder in Tel al Zataar gaben nicht auf und kämpften heldenmütig gegen die anstürmenden Faschisten. Nach 52 Tagen Belagerung stürmten die Faschisten mit syrischer Unterstützung Tel al Zataar und metzelten in einem grausigen Blutbad 3 200 Palästinenser nieder. Trotzdem bleibt Tel al Zataar ein Symbol des heldenhaften Kampfes des palästinensischen Volkes, ein Symbol unerschütterlichen Kampfesmut.

..... nach der Vertreibung durch die Faschisten



Die Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin FIS hat wie in jedem Jahr den November zum Monat der Unterstützung der 100 000 politischen Gefangenen im Iran erklärt und Solidaritätsaktionen durchgeführt. In ihrem Aufruf berichtet die FIS über die gegenwärtige Lage im Iran:

Es vergeht gegenwärtig im Iran kein Tag, an dem die berechtigten Kämpfe der iranischen Werktätigen nicht im Blut erstickt werden, an dem die tapferen Freiheitskämpfer nicht auf der Straße erschossen, verhaftet und in Folterhöhlen ermordet werden. Säbelrasend und rasend verkündet der Schah, dieser Lakai des Imperialismus, und geschworene Feind der Demokratie und nationalen Befreiung, daß "in seinem Reich die Andersdenkenden kein Lebensrecht hätten (Interview mit der italienischen Korrespondentin Frau Fallaci in der Zeitung Lectures pour tous) und die Ermordung der politischen Gefangenen durch Anwendung von grausamen Foltermethoden für ihn "Bagatellen" seien (Le Monde vom 14. 3. 1975).

Die Verwandlung des Iran in ein Land, in dem es nach der wahrheitsgemäßen Feststellung von "Amnesty International" die "die höchste Rate an Todesurteilen gibt, ein wirksames System der Zivilgerichtsbarkeit fehlt und es keine Geschichte der Folter gibt, die unvorstellbar ist" (Meldung von Reuter vom 14. 9. 1975), stellt jedoch einen verzweifelten Akt dar, um der mächtigen Befreiungsbewegung des iranischen Volkes "Einheit zu gebieten". Die ständigen Foltermorde und Hinrichtungen von politischen Gefangenen und iranischen Freiheitskämpfern, deren

Zahl allein seit Beginn dieses Jahres mehr als 160 beträgt, rufen unweigerlich einen verstärkten Widerstand hervor. Wird ein Arbeiterstreik niedergeschlagen, entstehen sogleich noch mehr Streiks; zerschlägt das Regime den Bauernaufstand in einem Dorf, entstehen mächtigere Aufstände in anderen Dörfern; werden die protestierenden Studenten dieser Fakultät verhaftet und eingekerkert, beginnen die Studenten anderer Universitäten mit einem noch massenhafteren Widerstandskampf. Wahrhaftig sitzt heute das faschistische und vom US-Imperialismus abhängige Schah-Regime auf einem Pulverfaß, und seine Wunschträume von der Umwandlung des Iran in eine "Insel der Ruhe und Ordnung" sind vom Winde verweht. Gerade in einer solchen Situation, in der die politischen Gefangenen des Iran unter den unbeschreiblichen Verhältnissen des Terrors und der Folter bis zum letzten Atemzug an der Seite des Volkes kämpfen, ist es die Pflicht eines jeden Antifaschisten, Anti-imperialisten und für Unabhängigkeit und Demokratie Eintretenden Menschen, unseren Kampf zur Rettung des Lebens der 100 000 politischen Gefangenen im Iran aktiv zu unterstützen und zur weiteren Isolierung des faschistischen Schah-Regimes im internationalen Maßstab beizutragen...

Die von der FIS durchgeführten Aktionen stehen im Zeichen der Entsendung einer international anerkannten Delegation aus Juristen und Medizinern in den Iran zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Die ROTE HILFE unterstützt die FIS in ihrem Kampf und fordert: **FREIES GELEIT FÜR DIE UNABHÄNGIGE JURISTISCH-MEDIZINISCHE DELEGATION IN DEN IRAN ZUR UNTERSUCHUNG DER LAGE DER POLITISCHEN GEFANGENEN!**



Verbranntes  
Flüchtlingsdorf  
Nyadzonya



## TÜRKEI: FREIHEIT FÜR KEMAL DOGAN



Am 26. Oktober wurde in Istanbul Kemal Dogan, verantwortlicher Redakteur von HALKIN SESI (Stimme des Volkes) durch ein Militärgericht verhaftet und in das Gefängnis von "Sagmalcilar" verschleppt. Kemal Dogan wurde mit der Anklage "öffentliche Beleidigung und Verleumdung der Streitkräfte des Staates" verhaftet, weil in HALKIN SESI ein Brief einer patriotischen Soldatengruppe aus Deniz abgedruckt war, der die Terrorisierung der Soldaten durch die MHP-Faschisten enthüllte. Diese "Türkische Heilspartei", die auch in der BRD ihr Unwesen unter Duldung der Schmidt/Genscher-Regierung treibt, zwingt die türkischen Soldaten, enthüllt

den Brief, Patrioten zu denunzieren und chauvinistische, invasionistische Parolen und Märsche wie "Zypern wird uns gehören" zu singen.

Kemal Dogan ist von einem Militärgericht verhaftet und angeklagt worden. Nachdem im Sommer durch den entschlossenen Widerstand des türkischen Volkes die nationalen Sicherheitsgerichte abgeschafft werden mußten, versucht die türkische Regierung jetzt diese durch Militärgerichte zu ersetzen, die dann den Befehlen der Kommandanten folgen müssen.

HALKIN SESI ist eine patriotische Zeitung, die unter den Parolen "Weder Amerika noch Rußland, für eine unabhängige und demokratische Türkei" und "Weder NATO noch Warschauer Pakt, eine unabhängige blockfreie Türkei" erscheint.

Trotz Verfolgung erscheint HALKIN SESI weiter, wie die türkischen Genossen schreiben, mit der Kraft, die sie aus dem Volk schöpft und mit dem Glauben, weil sie eine gerechte Sache vertritt. Keine Kraft kann sie zum Schweigen bringen. **PROTESTIERT GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG AN HALKIN SESI!**

SCHICKT PROTESTBRIEFE AN:  
HALKIN SESI, PK 1103 KARAKÖY-ISTANBUL

## Spendet für den Kampf des Volkes von Zimbabwe

Der Leiter der medizinischen Abteilung der ZIPA (Volksbefreiungsarmee von Zimbabwe) schreibt in einem Brief:

Die über 700 Männer, Frauen und Kinder, die im Nyadzonya-Flüchtlingslager in Mozambique getötet wurden, sind fast halb so viele wie jene, die an ihren Verletzungen vielleicht noch sterben können. Was sie mit diesem faschistischen Massaker erreicht haben ist aber das völlige Gegenteil von dem, was Smith sich erhofft hatte: er hatte geglaubt, er könne die Befreiungskämpfer in Zimbabwe in Panik versetzen. Nur mit Mühe können wir unsere Kämpfer davon abhalten, Rache zu üben. Von Anfang an waren wir entschieden gegen das wahllose Töten von weißen Zivilisten, auch wenn sie die Faschisten an der Macht halten - denn letztlich sind sie - wie wir - Opfer des Faschismus.

Das Nyadzonya-Massaker war ein Verzeihungsakt der Faschisten. Aber diese kaltblütige Mord an unbewaffneten Menschen beschleunigt nur ihren Untergang. Wenn Smith öffentlich zugeben müßte, daß

die Hälfte seiner Militärlager von unseren Kämpfern zerstört wurden, würde das Massendesperationen bei ihm zur Folge haben. Wenn es bekannt würde, wieviele feindliche Militärfahrzeuge zerstört und Flugzeuge abgeschossen sind - sicher würde es größte Verwirrung anrichten in Salisbury und Pretoria, in London, Washington und Bonn. Die faschistischen Truppen sind überall auf dem Rückzug. Das ist keine Übertreibung. Aber sie irren sich, wenn sie glauben, wir legen die Waffe aus der Hand, bevor wir die Straßen von Harare, Bulawayo, Plumtree, Umtali, Wankie beherrschen! Die Initiative ist in unserer Hand bis zum endgültigen Sieg.

Unser größtes Problem im Kampf ist die Versorgung der Verwundeten. Uns fehlt es an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung, um die tausenden von Überlebenden der faschistischen Massaker zu retten. SPENDENKONTO: 3331133-104 PSchA BlnW Liga gegen den Imperialismus e. V. Köln (Verwendungszweck: ZIMBABWE)



## Rote Hilfe organisierte den Schutz

Die ROTE HILFE hat bei dem Kampf in Brokdorf zusammen mit der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe den medizinischen Schutz organisiert. Über 1.000 Verletzte mußten an Ort und Stelle behandelt werden. Diejenigen, deren Augen verätzt waren oder schwerer verletzt waren, wurden sofort ärztlich versorgt. Die ROTE HILFE hatte tausende Handzettel mit wichtigen Hinweisen, was bei Verletzungen und Festnahmen zu tun ist, verteilt. Gestützt auf ortsrhythmische Mediziner war von der ROTE HILFE in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative ein gut funktionierender medizinischer Schutz organisiert. Die Krankenschwestern, Sanitäter und Ärzte

des nächstgelegenen Krankenhauses standen auf unserer Seite. Obwohl sie alle selbst gegen den Bau des Atomkraftwerkes mitkämpfen wollten, verblieben sie im Krankenhaus, weil sie wußten, daß sie dort gebraucht werden. Unter der Leitung der ROTEN HILFE gelang es so die Schwerverletzten, die durch Steinwürfe der Polizisten am Kopf und Wirbelsäule verletzt waren, auf schnell ausgezogenen Mänteln zur Erste-Hilfe-Station und dort mit Krankenwagen medizinisch gut versorgen zu lassen. Versuche der Polizei, mit einer Sperre vor dem Krankenhaus die Personalien der Verletzten festzustellen, wurden durch die schnell fahrenden Krankenwagen erfolgreich durchbrochen.

Um das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors von Polizei und Bundesgrenzschutz aufzuzeigen, hat die ROTE HILFE direkt nach der Demonstration angefangen, Be-

## AUFRUF DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

Am Sonnabend, den 30. Oktober, demonstrierten etwa 8000 AKW-Gegner gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf. Anschließend wurde ein Teil des Baugeländes besetzt. Die Polizei räumte mit unvorstellbarer Brutalität den Bauplatz und vernichtete das Zeltlager. Viele wurden verletzt.

14 Tage danach, am 13. November, kamen über 30.000 Menschen wieder nach Brokdorf. Nur der brutale Einsatz der Polizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz hielt uns - trotz einiger Durchbrüche - davon ab, den Platz zu besetzen. Hunderte von Menschen wurden z. B. durch Steinwürfe der Polizisten schwer verletzt. Die Polizei ging am Abend in der weiteren Gegend von Brokdorf auf Menschenjagd und nahm mindestens 100 Personen fest; zahllose wurden aus den Autos gezerrt und zusammengeschlagen. Etwa 1000 Verletzte mußten medizinisch behandelt werden.

Die BUU ruft alle Teilnehmer des Massenprotestes auf, mit Berichten, Fotos, Zeugnisaussagen usw. dazu beizutragen, die Ereignisse genau zu rekonstruieren. Wir müssen verhindern, daß die Festgenommenen durch lügenhafte Polizeiaussagen stellvertretend für die Bewegung gegen den Bau der Atomkraftwerke zu hohen Strafen verurteilt werden. Wir müssen einzelne Polizisten, die besonders brutal vorgingen, namhaft machen und Anzeige gegen sie erstatten. Wir müssen das bürgerkriegsmäßige Vorgehen der Regierung dokumentieren. insbesondere auch die unglaublichen Schikanen gegen die Bauern in Brokdorf selbst.

Wir benötigen dringend von allen Festgenommenen Berichte. Wer hat besonders brutale Polizeieinsätze beobachtet und fotografiert? Wer hat Fotos gemacht von den Panzerfahrzeugen des Bundesgrenzschutzes, die speziell für den Einsatz gegen die Bevölkerung konstruiert sind? Wer hat steinwerfende Polizisten fotografiert, usw.? Wer ist bei der An- und Abfahrt schikaniert oder verprügelt worden?

Wir brauchen jeden Bericht, jede Einzelheit für ein möglichst genaues Bild! Spendet reichlich für den Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Brokdorf, für die Unterstützung der Festgenommenen und Verletzten!

## BROKDORF

# POLIZEITERROR FÜR DEN PROFIT DER ENERGIEMONOPOLE

UNTERSTÜTZT DIE ERMITTLUNGEN GEGEN DIE POLIZEIBRUTALITÄTEN

SAMMELT ZEUGENAUSSAGEN FÜR DROHENDE PROZESSE

SPENDET FÜR DEN RECHTSHILFE-FONDS

Wendet Euch an die ROTE HILFE Landesverband Nord, 2 HH 30 Bahrenfelderstr. 52

richte von Menschen zu sammeln wie z. B. von einem Pazifisten, der an den Beinen durch die Natodraht-Verhaue auf den Bauplatz geschleift wurde und dort nur durch die Hilfe eines besonnenen Polizisten den wild tretenden und prügelnden Elementen entkommen konnte. Am nächsten Morgen sind wir ins Krankenhaus gegangen, um mit den Verletzten zu sprechen.

Die ROTE HILFE hat an Ort und Stelle begonnen, Ermittlungen über das brutale Vorgehen von Polizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz durchzuführen, die unterstützt den von den Bürgerinitiativen eingerichteten Ermittlungsausschuß.

13. November: der Bauplatz ist zu einer Bürgerkriegsfestung ausgebaut. Aber die Zahl der Demonstranten hat sich vervielfacht. Stachedraht, Tränengas und Gräben schrecken sie nicht ab. Die Polizei wirft mit Steinen und verletzt einige schwer.

Der 30. Oktober und der 13. November in Brokdorf haben die brutalsten Einsätze der staatlichen Gewalt gegen das Volk gebracht. Die 30.000 demonstrierenden Atomkraftwerksgegner haben Schmidt, Stoltenberg & Co. eine deutliche Lehre erteilt: die Volksmassen lassen sich nicht ewig unterdrücken, sie beginnen ihre Interessen im entschlossenen Kampf durchzusetzen.

In Brokdorf hat der Staatsapparat dazu selbst vielen Menschen eine Lehre erteilt: schon der handstreichartige Baubeginn bei Nacht und Nebel zeigt, daß die Regierung den "Willen des Volkes" sehr gut kennt. Leben und Gesundheit der Bevölkerung kümmert sie einen Dreck, aber zur Verteidigung des "heiligen" Privateigentums der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG bietet sie ihr gesamtes Waffenarsenal auf. Schon seit Wochen ist das ganze Gebiet um Brokdorf faktisches Notstandsgebiet. Die einzige öffentliche Telefonzelle ist schon Monate "kaputt", am Abend des 30. Oktober werden auch alle privaten Anschlüsse abgestellt.

Je näher der 13.11. rückt, desto fieberhafter die Vorbereitungen der Bourgeoisie, mit allen Mitteln gegen das Volk vorzugehen. Der geplante Zeltplatz der Bürgerini-



## Polizisten als Säufer, Schläger, Diebe, Hehler

tiative wird verboten, weil die Wiese gegenüber dem Bauplatz "Landschaftsschutzgebiet" sei, und die Zelte die Landschaft verschandelt würden. Bei den Bauern, die ihre Höfe in der Nähe des Bauplatzes haben, wurden in der Nacht vor der Demonstration Hausdurchsuchungen gemacht und alles Material beschlagnahmt, das zur Überwindung der Befestigungsanlagen geeignet wäre.

Aber den schärfsten Ausdruck des Polizeiregiments, der tausenden Menschen die Augen öffnete, bot der Bauplatz selbst: hier waren die Waffen konzentriert, die die Bourgeoisie sich in den letzten Jahren systematisch für den Kampf gegen die Volksmassen zugelegt hatte. Spezialeinheiten der Polizei, ausgerüstet und geschult für Einsätze gegen streikende Arbeiter, waren aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogen, dazu Bundesgrenzschutz mit Hubschraubern und gepanzerten Wagen. Wassergräben, kilometerlange Natodraht-Rollen, hohe Stahlgitter und Betonmauern machten auch dem letzten deutlich, daß hier der ganze Macht- und Gewaltapparat der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer volksfeindlichen Atompolitik aufgebaut wird.

Doch Brokdorf hat schon bewiesen: diese ganze Armada ist ein Papiertiger, wenn die Volksmassen entschlossen sind zu kämpfen.

Es half nichts, daß die Polizei das ganze Gebiet - obwohl die Kundgebung erlaubt war - in einem Umkreis von 15 km durch quergestellte Wagen, Nagelbretter und schwedische Reiter abgesperrt hatte. Sie erreichte dadurch nur, daß die Massen zu Fuß über die Felder amarschierten. Sie kamen von überall her, Atomkraftwerkgegner aus Wyhl und Lichtenmoor, aus Dänemark und Italien. Sie strömten zum Bauplatz. Pastoren, gläubige Christen hielten einen Gottesdienst ab und bildeten dann feste Ketten; Pazifisten diskutierten über die Frage der Gewalt und schlossen sich der Kette an. Auf der ganzen Breitseite des Bauplatzes gingen Atomkraftwerkgegner, Demokraten und Kommunisten daran, die Befestigungen zu überwinden, um auf den Platz zu gelangen. Bundesgrenzschutz und Polizei schossen aus allen Rohren. Es nutzte nichts. Die Wasserwerfer konnten noch so viel das mit Tränengas und Jauche versetzte Wasser spritzen, die Leitplanke an der Straße war im Nu aufgebogen, durchbrochen und zu Baumaterial verarbeitet. Mit Milchkannen wurde das Wasser aus dem Graben geschöpft, an zahlreichen Stellen Brücken gebaut. Tränengasgranaten wurden genauso schnell zurückgeworfen wie sie gekommen waren. Bundesgrenzschutzhubschrauber warfen aus 15m Höhe CN-Kampfgas, das auf der Haut brennt und schwere Atemnöte verursachte. Es nutzte nichts, an mehr als 20 Stellen wurde der Hauptzaun aufgedrückt.

Der Durchbruch zum Hauptzaun ging zügig voran, die Kette der Christen wich den Versuchen der Polizei keinen Millimeter, die von der Seite mit einem wilden Prügelsinsatz näher kamen; schon lichten sich die Tränengasvorräte der Polizei - sie mußte zu reinem Wasser und zu völlig harmlosen Einsätzen von Feuerlöschern greifen, da wurde die Front von den schlimmsten Feinden angegriffen, von dem Feind in den eigenen Reihen:

Die Opportunisten vom KBW und KB sagten, es habe ja doch keinen Sinn und forderten zum Rückzug auf. Die Unentschlossenen ließen sich mitreißen, und in der Front entstanden Lücken, in die der Bundesgrenzschutz nachzustößen suchte. In dieser Situation mußte wie schon bei der Demonstration zuvor die völlige Besetzung aufgegeben werden.

Jetzt nachdem der Ansturm abgebrochen werden mußte, wagten sich Bundesgrenzschutz und Polizei hervor. Die ganze Nacht und noch am nächsten Tag prügelten sie wahllos ab abmarschierende Gruppen ein, nahmen willkürlich Personen fest, verschleppten sie nach Itzehoe und warfen ihnen Landfriedensbruch vor. Bayern, die aktiv den Kampf führten, wurde verboten, ihr Haus zu verlassen.

In den letzten Wochen und Monaten wurde das sowieso schon ramponierte Bild des "bürgernahen freundlichen Schutzpolizisten an der Ecke" gründlich erschüttert. In Westberlin, wo die Umstellung der Polizei auf das faschistische Blockwartssystem, genannt "Kontaktberichtsbeamte" (KOBs), am weitest fortgeschritten ist, schwindet das Vertrauen in die Polizei zusehends. Korruption und Schieberereien im Westberliner Senat und Staatsapparat war man schon gewohnt:

- Finanzsenator Striek veruntreute Millionen von Steuergeldern - die Klassenjustiz sprach ihn frei,
- tägliche Postenschieberereien zwischen SPD, Senatsverwaltung und staatseigenen Betrieben

- Spekulanten, Staatsbeamte und Allerweltshuren schieben sich Millionen über das Bett zu - wie beim Steglitzer Kreisler - Abschreiberrmen und GmbH&Co KGs streichen Millionengewinne ein.

Daß solch eine Gesellschaft eine starke Schutztruppe braucht ist logisch, daß es in den Schutztruppen nicht anders als bei den Beschützten zugeht - wie könnte es anders sein. Systematisch wurde die Polizei in Westberlin zur Bürgerkriegstruppe ausgebaut, immer mehr muß sie sich dabei auf Lumpenelemente stützen. Das ist eine Gesetzmäßigkeit jedes verfaulten Systems. Westberlin ist keine Ausnahme, nicht von ungefähr steht an der Spitze der Polizei Innensenator Neubauer, dessen Vorreiterrolle im Aufbau polizeilicher Bürgerkriegstruppen und bei der geplanten Durchsetzung des einheitlichen faschistischen Polizeigesetzes von allen Reaktionsären gelobt wird.

Im Februar 1971 wird der Polizist Salzwedel zu einer Gruppe von Männern in die Kantstraße gerufen, die einen Autodieb festhalten. Salzwedel erschließt den angeblichen Autodieb hinterrücks durch Genickschuß aus 20 cm Entfernung. Ein Gericht



Polizeimörder Salzwedel bei der Rekonstruktion des Todesschusses

### AUS ANGST VOR DER WAHRHEIT ÜBER DIE POLIZEI

## Beschlagnahmeaktionen gegen die ROTE HILFE

Die obenstehenden Enthüllungen über die Westberliner Polizei sind auch enthalten in der neuen Broschüre der ROTEN HILFE "Weg mit dem faschistischen Polizeigesetz".

Die Reaktion der Staatsanwaltschaft darauf war ein sofortiger Beschlagnahmebeschluss. "Auf Bl. 21 wird die Polizei als korrupte und verkommene Bürgerkriegstruppe des Kapitals bezeichnet. Diese Feststellungen erfüllen die Tatbestände der Beleidigung, Verleumdung und der Verunglimpfung des Staates (§§ 185, 187, 90a StGB)". In höchstgelegener Sache drang die Polizei in das Büro des Westberliner Landesvorstandes der ROTEN HILFE ein und versuchte, der Broschüre habhaft zu werden. Die militanten Arme des bürgerlichen Staates haben entschieden, daß der Staat "verleumdet" wurde. Die Werktätigen werden anders urteilen, denn die Broschüre

bescheinigt dem Beamten gutes Verhalten und Einsatz mit Leib und Seele. Aufgrund der empörten Bevölkerung kann es ihn jedoch nicht freisprechen, sondern verurteilt ihn wegen fahrlässiger Tötung zu 7 Monaten Gefängnis - Salzwedel bleibt im Dienst.

Am 7. Juli 1976 nimmt eine Zivilstreife zwei Einbrecher fest, die ein Parfümeriegeschäft ausräumen wollen. Doch diese Festnahme ist keine Selbstverständlichkeit. Bei den beiden Einbrechern handelt es sich um die Polizisten Weinert und Wendt. Aufgrund erdrückender Diebesgüter im Wert von ca. 100.000 DM, die bei ihnen entdeckt werden, packen sie gründlich aus. Ergebnis: 22 Ermittlungsverfahren gegen andere Polizisten wegen Tatbeteiligung, Mitwisserschaft und Hehlerer müssen aufgenommen werden.

Laut Haftbefehl waren Weinert und Wendt vom Herbst 75 bis zum Juni 76 allein in "sieben besonders schweren Fällen" an Delikten beteiligt: vom Streifenwagen aus schossen sie mit einem Katapult Stahlkugeln in Schaufenster. Manchmal traten sie auch die störende Glasfront mit den Dienststiefeln ein, einmal schafften sie es mit dem Schlagstock. Bevor die Täter in Uniform dann Funkalarm gaben und Vordrucke gegen "unbekannte Täter" ausfüllten, entwendeten sie bei "Solinger Stahlwerke" Silberbestecke, an der Gedächtniskirche Meißner Porzellan, bei "Edeka" EBbares, bei "Steinway" elektronische Rhythmusgeräte im Wert von fast 12000 DM. Beim Zigarrenhändler Palm am Kurfürstendamm stellte die Polizei "ordnungsgemäß" Waren aus Straßenvitrinen sicher, die während einer Demonstration zerstört worden waren - von wem wohl? -, nur bekam Palm nicht alle Waren zurück, die von den Beamten mitgenommen waren. und als er die Erklärung der Beamten, das müsse wohl von den Demonstranten weggenommen worden seien, zurückwies, geriet er selbst in Verdacht: in einem Ermittlungsverfahren wegen "Verdachts des Betruges zum Nachteil einer Versicherung" sah er sich plötzlich als Beschuldigter geladen. In dem jetzt bei Weinert und Wendt sicher gestellten Diebesgut befand sich nun auch seine vermischte Ware!

Aber es kam noch mehr zutage: einer der Oberhehler bei den Diebstählen war der Mörder in Uniform Salzwedel. Er hatte die Beute versetzt und für den florierenden Umsatz gesorgt. Jetzt kam auch heraus, daß Salzwedel vor seinem Einsatz 1971 eineinhalb Flaschen Schnaps getrunken hatte, was in der Gerichtsverhandlung verschwiegen worden war.

Was in diesem Fall alles ans Tageslicht gelangt ist die Spitze eines Eisberges, dessen Umfang nur erahnbar ist, wenn man

die offizielle Trunkenheitsstatistik von Polizisten im 1. Halbjahr 1976 liest: 61 Fälle im Dienst - oft mit der Folge schwerer Verkehrsunfälle, 64 Fälle außer Dienst.

Die täglich erscheinenden Berichte in den bürgerlichen Presse geben einen deutlichen Einblick:

Tagesspiegel, 22. 10. 76: Fahrer eines Funkwagens in Berlin-Charlottenburg hatte Alkohol getrunken.

Tagesspiegel, 22. 10. 76: Schlägerei zwischen Zivilfahndern und 3 Männern im Direktions City-Bereich, wobei der Verdacht auf Zuhälterei gegen die Polizisten ausgesprochen wurde.

Tagesspiegel, 24. 10; Betrunkene Polizisten sind in Streit und Schlägerei in Berlin-Spandau verwickelt.

Tagesspiegel, 26. 10; Bei einem Funkwagenfahrer in Berlin-Wilmersdorf wurde auf Veranlassung einer Passantin Alkohol festgestellt.

Auch wenn nun Innensenator Neubauer und der westberliner Polizeipräsident Hübner dies alles als "bedauerliche Ausrutscher" hinstellen wollen, das mühsam aufgebaute Bild des "bürgernahen freundlichen KOB" wiederherzustellen gelingt ihnen nicht. Zu durchsichtig ihre Praxis "eine Hand wäscht die andere" und das krampfhaft Bemühen, nach Einstellung von 20 Ermittlungsverfahren nun Weinert und Wendt als zwei besonders schwarze Schafe für die Öffentlichkeit herauszustellen.

Gangster und Zuhälter in Polizeiuniform - das ist kein Zufall und keine Ausnahme, gar nicht bei der Polizei. Um ihre Aufgaben: Einschüchterung, Niederhaltung und brutale Unterdrückung der Arbeiter und Werktätigen - durchzuführen, benötigt sie Bourgeoisie eine skrupellose Polizei. Immer mehr muß sie sich auf kriminelle Elemente stützen, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und sich willenlos gegen jeden Widerstand, mit jeder Waffe bis zum Todesschuß einsetzen lassen. Es sind deklassierte Arbeiter und deklassierte Kleinbürger - Elemente, die sich für alles hergeben - die herangezogen und gezüchtet werden. Mit dem Köder "Polizist - ein krisenfreier Beruf!" und einem Monatsgehalt von ca. 1000,-DM werden arbeitslose Jugendliche angeworben und korrumpiert.

Kein klassenbewußter Arbeiter, kein aufrechter Mensch gibt sich dafür her, andere Kollegen zu bespitzeln, auf sie dreinzuschlagen oder auf sie zu schießen. Deshalb wird die Rechnung der Bourgeoisie, die Polizisten zu Leuten zu machen, die sich in der Bevölkerung wie Fische im Wasser bewegen, nie aufgehen.

MÜNCHEN. Wenige Tage vor Beginn des Berufsverbotsprozesses gegen RA Gildemeier hat die Münchner Polizei an Informationsständen der ROTEN HILFE die RH-Dokumentation "Die Anschuldigungsschrift gegen Rechtsanwalt Fritz Gildemeier" beschlagnahmt, an anderer Stelle Verkäufer vorläufig festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und ebenfalls Dokumentationen beschlagnahmt!

BREMEN. Im Arbeiterbezirk Gröpelingen hatte die ROTE HILFE eine Kundgebung aus Anlaß des 6. Jahrestages der widerrechtlichen Inhaftierung Horst Mahlers durchgeführt. Auf Anforderung der in der Nähe stehenden DKP-Revisionisten erschien die Polizei und beschlagnahmte das Megaphon. Zwei Tage später wurde die Beschlagnahme des Megaphons für zwei Jahre angeordnet! Das Megaphon werde nur herausgegeben, wenn während der zwei Jahre "keine neuen Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung" erfolgen! Die Ortsgruppe der ROTEN HILFE hat dieses Vorgehen mit neuen Kundgebungen beantwortet!



Das berühmte Gerichtsgebäude am Kölner Appellhofplatz. Polizei und Spitzel davor gehören zum alltäglichen Bild.

## RICHTER FASSBENDER: "AN VERTEIDIGERAUSSCHLÜSSE MUSS MAN SICH GEWÖHNEN!"

In ihrem Eifer, Kommunisten ins Gefängnis zu bringen, kamen sich die Richter Feuerherd und Fassbender ins Gedränge, sie setzten für den 27. und 29. 9. gegen einen Angeklagten, Uwe Carstensen, gleich zwei Prozesse auf denselben Tag an. Keiner wollte seine Verhandlung verlegen, weil die Prozesse doch zügig abgewickelt werden sollen. Fassbender gab schließlich nach und setzte den "Chinesen in Paris"-Prozess nur gegen die übrigen vier Angeklagten an. Dies geschah vier Tage vor Prozessbeginn, wodurch er erreichte, daß alle Angeklagten ohne Verteidiger waren: mit Uwe Carstensen wurde auch sein Verteidiger ausgeschlossen, der Verteidiger einer Angeklagten konnte nicht auftreten, da gleichzeitig er im "Hohe-Straße"-Prozess verteidigte, die anderen Angeklagten konnten in so kurzer Frist keinen Rechtsanwalt mehr aufreiben. Zynisch meinte Richter Fassbender dazu, daß dies praktisch einem Verteidigerausschluß gleichkomme: "Daran muß man sich bei den vielen anstehenden Prozessen eben auch gewöhnen!"

In dieser Situation beschlossen die Ange-

### STAATSANWALT'S ORTSBESICHTIGUNG

Am 12. Verhandlungstag im "Hohe-Straße"-Prozess ergreift der Staatsanwalt zum Plädoyer das Wort. Hatte bisher sich Richter Feuerherd redlich bemüht, den Eindruck einer "liberalen Prozessführung" zu erwecken, so fühlte sich nun plötzlich auch der Staatsanwalt dazu berufen. Schon während der letzten Ausführungen der Angeklagten schiebt er sein auf einzelne Blätter verstreutes Plädoyer hin und her und meint schließlich, ihm seien nach den Ausführungen der Angeklagten noch einige Unklarheiten an einem Punkt gekommen. Deshalb wolle er in der Mittagspause eine Ortsbesichtigung in der Hohen Straße machen. Als er dort dann eintrifft, hätte er wohl am liebsten fluchtartig den "Tator!" verlassen: in der belebten Einkaufsstraße waren Wandzeitungen auf der Straße ausgebreitet, wurden Flugblätter verteilt, Rote-Hilfe-Zeitungen verkauft und für die Prozeßkosten gesammelt - und die Angeklagten wechselten sich ab, kurze Ansprachen an die Bevölkerung zu richten. Doch der Staatsanwalt mußte hindurch, um seine "Unklarheiten" zu beseitigen. Doch so schnell hatte er seine Nachforschungen wohl noch nie beendet. Nach der Mittagspause waren zwei Zuhörer mehr im Gerichtssaal - mitgenommen von der Hohen Straße.

klagten, sich selbst zu verteidigen. Gemeinsam beantragten sie zuerst Prozeßverlegung und griffen den Verteidigerausschluß an. Gleichzeitig gab im "Hohe-Straße"-Prozess Uwe Carstensen eine Erklärung zu dieser Beseitigung demokratischer Rechte ab. Richter Fassbender, zur zügigen Aburteilung fest entschlossen, wurde merklich unsicher, als die Angeklagten dann eine Pause beantragten, um einen Ablehnungsantrag gegen ihn zu formulieren wegen Behinderung der Verteidigung. Auch diesen Antrag lehnte Fassbender - diesmal erst nach längerer Beratung - ab, aber mit der zügigen Aburteilung wurde nichts. Die Angeklagten griffen ständig ein, wenn er unzulässige Fragen und Vorschläge des Staatsanwaltes zuließ, sie aber gleichzeitig in ihrem Rede- und Fragerecht einschränkte. Schließlich war Fassbender fast nur noch damit beschäftigt, seine neutrale Fassade zu wahren, und es gelang ihm nicht mehr, wie er bei der Urteilsverkündung zugeben mußte, das Gericht zusammenzuhalten: Ergebnis 2 Freisprüche, 2 erhebliche Strafmilderungen - Fassbender hatte keine Mehrheit für höhere Verurteilung gefunden.

Nun fordert der Staatsanwalt 7 Monate Gefängnis für den Kommunisten, Uwe Carstensen, für die anderen Freispruch bzw. minimale Geldstrafen. Das Spaltungsmanöver fruchtet nicht - gleich nach Verhandlungsende sind alle Angeklagten wieder in Nippes, um mit einer Kundgebung die Werktätigen auf diesen Prozeß aufmerksam zu machen und sie zum gemeinsamen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten aufzurufen.

Auch in ihrem Schlußwort vor Gericht ließen sich die Angeklagten nicht auseinandertrennen. Gemeinsam ergriffen sie die Initiative. Ein Angeklagter trug einen gemeinsamen Brief an den Genossen Horst Mahler vor und begann auch unter den Zuhörern Unterschriften unter den Brief zu sammeln. Richter Feuerherd schreckte auf, aber noch mehr, als ein anderer Angeklagter eine Aufstellung mit Beispielen über die reaktionäre Tradition der deutschen Strafjustiz vortrug und sie dann den Schöffen überreichte. Feuerherd, der wie alle Richter davon ausgeht, daß die Schöffen gefälligst nur das zu interessieren hat, was er sagt, versuchte die Dokumentation zu fassen, worauf er zu hören bekam: "Sie stehen in dieser Tradition, Sie brauchen das nicht!"

10 Tage am Appellhofplatz, wo vor 124 Jahren mit dem "Kölner Kommunistenprozeß" die reaktionäre Tradition deutscher Justiz begann, 10 Tage - vom 27. September bis 6. Oktober 1976 - machen deutlich, wie heute wieder, totgeschwiegen von der bürgerlichen Presse, gelehnet von Regierung, selbst von Richtern und Staatsanwaltern, die es wissen müßten, Kommunisten, Antifaschisten der Prozeß gemacht wird. Der Tagungsplan des Kölner Gerichts:

- 27.9. Landgericht Köln: 10. Verhandlungstag im Prozeß gegen Bundestagswahlkandidaten der KPD, Uwe Carstensen, und 5 weitere Genossen. Sie sind wegen "Widerstand, Landfriedensbruch, Körperverletzung und Gefangenbefreiung" angeklagt, weil sie vor 2 Jahren in der "Hohen Straße" eine spontane Kundgebung zum Kölner Antifaschistenprozeß durchführten, diese von der Polizei gewaltsam "aufgelöst" worden war.
- 27.9. Landgericht Köln: Berufungsprozeß gegen 5 Genossen, die gegen die Aufführung des antichinesischen Filmes "Chinesen in Paris" protestiert hatten. Einer der Angeklagten ist Uwe Carstensen.
- 29.9. Landgericht Köln: 11. Verhandlungstag im sog. "Hohe-Straße"-Prozess Urteilsverkündung im "Chinesen in Paris"-Prozess Prozeß gegen eine französische Antifaschistin, die zusammen mit Beate Klarsfeld in Köln gegen den Nazifaschisten Lischka demonstriert hatte. Bei der Demonstration soll eine Fensterscheibe in Bruch gegangen sein.
- Amtsgericht Köln: Prozeß gegen Bernd Beste, presserechtlich verantwortlich für die "Kämpfende Jugend" (Kommunistischer Jugendverband), angeklagt wegen eines Artikels über den Mord an G. Routhier
- 30.9. Amtsgericht Köln: Prozeß gegen Werner Heuler, ZK der KPD, und K. Schlögel, die bei einer kurzen Kundgebung im Rahmen des Straßenverkaufs der "Roten Fahne" von der Polizei überfallen worden waren.
- 1.10. Landgericht Köln: 12. Verhandlungstag im "Hohe-Straße"-Prozess
- 4.10. " 13. Verhandlungstag "
- Amtsgericht Köln: Urteilsverkündung im Prozeß gegen Heuler und Schlögel
- 6.10. Landgericht Köln: Urteilsverkündung im "Hohe-Straße"-Prozess

## ALLTAG DER KÖLNER KLASSENJUSTIZ

### INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Am 29.9. ist vor dem Gericht ein französischer Bus vorgefahren, geschmückt mit einem Transparent gegen die alten Faschisten und die neue faschistische Gefahr in der BRD. Mannschaftswagen der Polizei sind ebenfalls vorgefahren. Dutzende fran-

zösische Antifaschisten haben in einer Protestfahrt nach Köln die Angeklagten begleitet, sich nicht davon abschrecken lassen, daß hier am Appellhofplatz schon mehrfach französische Antifaschisten brutal aus dem Gericht geprügelt wurden. Kaum eine französische Zeitung, die nicht über die faschistischen Maßnahmen am Appellhofplatz, besonders unter Vorsitz von Richter Henry Victor de Somoskoey, berichtet hatte. "Nazi-Richter" bettelte ihn die Zeitung "Combat".

Die Angeklagten aus den anderen Prozessen nutzten die Gelegenheit und

### RICHTER KAUMANN'S

#### BLANKER HASS GEGEN DAS VOLK

Bevor der "liberale" Richter Feuerherd am 6.10. im "Hohe-Straße"-Prozess seine Maske wie so oft schon zur Urteilsverkündung abnahm und "Im Namen des Volkes" Gefängnis für U. Carstensen und einen anderen Angeklagten (die anderen erhielten eine Geldstrafe) verhängte, lieferte Amtsrichter Kaumann seine Vorstellung: Daß über 100 Menschen empört über den Polizeiberfall auf die Rote-Fahne-Verkäufer Heuler und Schlögel waren ließ ihn nicht unbeeindruckt, es steigerte seinen schon sprichwörtlichen abgrundtiefen Haß gegen das Volk. Die Angeklagten hatten sich

stellten Kontakte zu den französischen Antifaschisten her. Gemeinsam mit ihnen protestierten sie gegen das Urteil von zwei Monaten Gefängnis m. B. Ein Angeklagter des "Hohe-Straße"-Prozesses erhielt sofort 4 Tage Ordnungshaft, weil er in einem Zwischenruf die faschistische Tradition dieser Justiz angriff.



bei dem Überfall Adressen von umstehenden Passanten geben lassen und diese als Zeugen vorgeladen. Diese Zeugen erfuhr bei Kaumanns eine Lehrstunde von der "neutralen Wahrheitsfindung": schon, daß sie Kommunisten ihre Adresse gaben, war für Kaumanns ein Grund, sie der "Mittäter-schaft" zu verdächtigen, als sie dann keine ihm passenden Antworten gaben, drohte er mit einem Verfahren wegen Beihilfe und Meineid! Einer der Zeugen verfolgte den Prozeßverlauf dann bis zu Ende. Die Urteile: 6 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Werner Heuler, 5 Monate mit Bewährung für K. Schlögel!

## STUTTGARTER PROZESS Ein Sieg für die freie Kunst und Propaganda

Eine Woche lang von morgens bis abends dauerte der Stuttgarter Prozeß im Amtsgericht Cannstatt. 11 Angeklagte sollten wegen "Körperverletzung", "Widerstands gegen die Staatsgewalt" und "Beleidigung" zu 24.000 DM verurteilt werden. Daraus ist nichts geworden. Der Klassenjustiz wurden 5 Freisprüche und 6 "Verwarnungen" abgerungen. Als Zeugen der Anklage traten Polizeihauptkommissar Glück vom 15. Polizeirevier in Feuerbach und seine "Un teroffiziere" Müller und Heidmann auf. Sie hatten am 28.2. eine Wahlkundgebung der KPD auseinandergeprügelt, den Landtagskandidaten der KPD zusammengeschlagen, Kundgebungsteilnehmer festgenommen und zahlreiche Personalien notieren lassen. In faschistischer Manier versuchten sie damit Kommunisten und Demokraten zu terrorisieren und die Künstler der Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender (VSK), die

FORTSETZUNG S.11

bestätigte, daß es die Polizei war, die angegriffen und zugeschlagen hatte. Die Angeklagten forderten entschlossen: Freispruch für alle - Bestrafung der verlogenen Polizischläger vom 15. Revier! Der Staatsanwalt hielt verbissen an seinem Ziel, die KPD zu kriminalisieren fest. Die Anklage wegen Körperverletzung mußte er bei allen fallenlassen, für 5 Angeklagte, alle Künstler, plädierte er auf Freispruch. Doch für den Landtagskandidaten, den Fotografen, dessen Fotos ein besonderer Dorn im Auge waren, die Flugblattverteiler und den Vorsitzenden des Regionalkomitees der KPD, Dietrich Kreidt, forderte er insgesamt 6700,- DM Geldstrafe. In seinem Urteil hatte dann das Gericht eine ganz neue Methode, um ihre vollkommene Niederlage zu verdecken: es "verwarnte" mit insgesamt 1500,- DM und schob allen Angeklagten, auch den Freigesprochenen, ein Drittel der Gerichtskosten zu, denn "sie haben etwa ein Drittel des Prozesses für ihre politischen Ausführungen verwendet"!

### BREITE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Während des Prozesses entstand eine Einheitsfront von Kommunisten und Demokraten: Bürger aus Feuerbach und Cannstatt, Mitglieder von parteilosen Bündnissen, Journalisten und Künstler vom Staatstheater unterstützen die Angeklagten. Sie Solidarität wuchs ständig: ein Kollege sammelte 23,- DM in seiner Abteilung, ein spanischer Kollege hängte die Flugblätter in seinem Betrieb auf, eine junge Frau überreichte 500,- DM den Angeklagten im Gerichtssaal, Ärzte eine Stuttgarter Krankenhauses spendeten 400,- DM, die Häusersammlung in Feuerbach ergab 77,- DM. Schauspieler des Staatstheaters, ein Stuttgarter Chor und die VSK veranstalteten ein Solidaritätskonzert. In Stuttgart wurden bisher insgesamt 2400,- DM für die Rechtshilfe zum Feuerbacher Prozeß gesammelt. Doch die Solidaritätsbewegung ging weit über Stuttgart hinaus: 49 Mitglieder der Schaubühne am Halleschen Ufer in Westberlin protestierten gegen den Versuch, "die politische und künstlerische Handlungsfreiheit und die demokratischen Grundrechte

Prozeß gegen M. Tuschen wegen § 90a, Beleidigung und Volksverhetzung. Anklage: Verkauf des Roten Morgen in Duisburg. Urteil: 4 500,- DM

Das LG Duisburg hat 2 Genossen wegen § 90a, Beleidigung und Volksverhetzung, weil sie eine Betriebszeitung der KPD/ML verteilt haben, zu 6 000,- bzw. 375,- DM verurteilt.

Prozeß gegen die ehemalige Pressverantwortliche der KPD/ML in Bochum wegen eines Flugblatts gegen Richter Somoskeoy. Urteil: 2 Monate mit Bewährung und 500,-

Prozeß gegen Ruth Haase, Mitglied des ZK des KJVD, wegen § 90a. Angeklagt waren mehrere KJ. Der Staatsanwalt in Dortmund forderte Gefängnis. Urteil: 900,- DM

Prozeß gegen Anna Knetsch in Frankfurt wegen eines KSV-Flugblatts. Anklage: Verleumdung: Urteil: 250,- DM

Andersdenkender einzuschränken und das Engagement von Künstlern für eine nicht verbotene und zu den Wahlen zugelassene Partei zu kriminalisieren". An der Westberliner "Schaubühne" wurden 2000,- DM für den Prozeß gespendet. Zahlreiche Solidaritätsbekundung gen kamen von Künstlern und Schriftstellern, so aus den Theatern Tübingen, Mannheim, Hannover und Darmstadt, von Ingeborg Drewitz, Walter Jens, Hans Meier, Boys u. a. Ein CDU-Wähler aus Bonn schickte 1000,- DM. Diese breite Solidarität ist ein wichtiger Schritt im Zusammenschluß von Kommunisten und Demokraten gegen den staatlichen Terror und die drohende faschistische Gefahr. Der bürgerlichen Klassenjustiz konnte eine Niederlage zugefügt werden.

SOLIDARITÄT IST EINE STARKE WAFFE!

## DIE SCHANDTAFEL DER KLASSENJUSTIZ

Die folgenden Gerichtsurteile gegen den revolutionären Klassenkampf sind der ROTEN HILFE in den letzten Wochen (Zeitraum vom 6. 10. bis 17. 11. 1976) bekannt geworden.

Prozeß gegen Genossen Dieter Kunzelmann wegen eines Flugblatts gegen den ehemaligen Justizsenator von Westberlin Oxford, der dort als Volksfeind bezeichnet worden war. Urteil: 800,- DM

Prozeß gegen Peter Schulte, Presseverantwortlicher der KPD/ML in Dortmund wegen § 90a, Beleidigung und Volksverhetzung. Urteil: 10 Monate ohne Bewährung

Prozeß gegen 2 Genossen wegen Aufforderung zum Fahrpreiskeikott bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der KVB in Köln Urteil: jeder 300,- DM

Berufungsprozeß gegen eine ROTE HILFE-Genossin in Hamburg. Sie war einer Provokation der Jungen Union, die unter der Losung "Kommunisten raus aus Vietnam" kurz vor dem Sieg des vietnamesischen Volkes demonstrierte, entgegengetreten. Urteil: 2250,- DM

Prozeß gegen Demonstranten gegen den § 218 in Bonn bei Sonderrichter Hasse Urteil: einmal 200,- DM; einmal 300,- DM

Prozeß gegen 4 Genossen wegen Widerstand und Körperverletzung in Düsseldorf. Anlaß: Polizeiüberfall auf eine spontane Spaniendemonstration Urteil: eine Woche Jugendarrest; 900,-; 1 800,-; 3 000,- DM

Prozeß gegen 3 Genossen wegen Organisation eines Warnstreiks an der Fachhochschule in Westberlin Urteil: insgesamt 2 000,- DM

Prozeß gegen einen KVB-Demonstranten in Köln wegen Widerstand und Körperverletzung Urteil: 600,- DM

Prozeß gegen 13 Genossen, die in Oldenburg gegen Fahrpreiserhöhungen demonstrierten Urteil insgesamt 6 200,- DM

Prozeß gegen 4 KJVD-Genossen in Neuburg wegen Parolenmalen gegen die Kriegsgefahr Urteil: drei je 2 Monate ohne Bewährung einmal eine Woche Jugendarrest

Prozeß gegen Genossen Hilmar Budde wegen Widerstand. Anlaß war eine Kundgebung gegen den Einmarsch der Sozialimperialisten in die CSSR, die von Westberliner Polizei überfallen wurde. Urteil: 1 000,- DM Das ergibt Gefängnisstrafen von 3 Jahren und 7 Monaten ohne und ebenfalls 3 Jahren und 7 Monaten mit Bewährung sowie Geldstrafen über mindestens 41 725,- DM.

Prozeß gegen zwei Teilnehmer des Roten Antikriegstages in München 72 Anklage: Landfriedensbruch Urteil: 1 Jahr mit Bewährung und 2 000,- 10 Monate ohne Bewährung

Prozeß gegen die KSV-Genossin Almut E. in Marburg wegen "Aufwiegelung zur Gewalt", weil sie einem Spitzel Notizen weggenommen hatte. Urteil: 9 Monate mit Bewährung

Prozeß gegen Werner Heuler wegen Verkaufs der Roten Fahne vor F & G in Köln. Anklage: Hausfriedensbruch Urteil: 1 000,-

Prozeß gegen Frank Kühne, Streikführer bei Ford/Köln 73, wegen Beleidigung, weil er in einem anderen Prozeß gefragt hat: wo ist der Mörder von Manfred Rohs angeklagt? Urteil: 450,- DM

Prozeß gegen Frank Kühne wegen Teilnahme am Fordstreik in der Berufung. Urteil wie 1. Instanz: 300,- DM

Prozeß gegen die Genossen Werner Heuler, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK der KPD, und Schlögel wegen einer Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg. Urteile: gegen Heuler: 7 Monate ohne und gegen Schlögel 5 Monate mit Bewährung

Prozeß gegen den Genossen Uwe Carstensen und andere wegen Teilnahme an einer Kundgebung gegen den Antifaschistenprozeß von Somoskeoy. Anklage war Landfriedensbruch. Urteile: gegen Carstensen 8 Monate ohne, gegen einen anderen Antifaschisten 6 Monate mit Bewährung, gegen 2 Genossen Geldstrafen, obwohl der Staatsanwalt für alle Freispruch beantragt hatte.

Eine Zeugin wurde wegen Meinelds zu 9 Monaten mit Bewährung verurteilt, weil ihre Aussage in einem anderen Prozeß im Gegensatz zu der eines Polizisten stand und natürlich dem Polizisten geglaubt wurde.

Prozeß gegen den Studenten T. Jung, der im Studentenparlament Heidelberg aufgetreten ist, was die Anklage als Nötigung bezeichnete. Urteil: 4 000,- DM

Prozeß gegen 2 fortschrittliche Schüler, die Wandzeitungen gegen Fahrpreiserhöhungen aufgehängt hatten. Anklage war: versuchte Nötigung. Urteil: jeder 900,- DM

### SPENDEN FÜR DEN RECHTSHILFEFONDS

(Spenden Oktober/November 76)

NN Köln 50,- DM; H. K., Burbach 20,- DM; RH Köln 123,- DM; P. W., Köln 25,- DM; RH München 70,- DM; RH Augsburg 430,- DM; P. W., Köln 500,- DM; RH Bremen 60,65 DM; P.-P. M., Westberlin 30,- DM für "Stuttgarter Prozeß"; U. L., Westberlin 81,- DM bei einem Fest in Kreuzberg, RH Frankfurt 400,- DM, RH Köln 107,- DM. ZUSAMMEN: 1 896,65

GESAMTSUMME des Fonds: 16 745,33 DM

## ROTE HILFE-Rechtshilfe

Kto. 13 2072 63 00 BfG Köln

#### Bestellschein

Ich bestelle ab ..... die  
ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnementspreis von  
halbjährlich DM 4.80  
jährlich DM 9.60  
Förderabonnement (Jährl.) DM 20.00  
Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE  
PSchA Köln Nr. 59811-504 überwiesen.  
Name .....  
Adresse .....  
Beruf .....  
Unterschrift .....  
(Einsenden an: ROTE HILFE, 5 Köln 30 Rothehausstr. 1)

#### Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.  
Ich verpflichte mich, monatlich .....DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.  
Name .....  
Wohnort .....  
Straße .....  
Beruf .....  
Alter .....  
Unterschrift .....  
(Einsenden an ein ROTE HILFE-Büro)

#### Herausgeber:

ZENTRALVORSTAND DER ROTEN HILFE  
V. I. S. d. P.: Hartmut Schmidt 5 Köln 30

REINE PROLETARISCHE - REVOLUTIONÄRE ROMANE

#### IM NAMEN DES VOLKES!

rote Hilfe gegen Polizeiterror und Klassenjustiz



144 Seiten, DM 8.50

OBERBAUMVERLAG  
Postfach 127, D-1000 Berlin 21

— Arbeiterkorrespondenzen, Gefängnisbriefe, Gerichtsreportagen, Kurzgeschichten, Gedichte, Zeichnungen, Fotos und Dokumente aus den Jahren 1919 bis 1933 —

Erich Weimert, Paul Körner, Ernst Ottwalt, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Friedrich Wolf, Hedda Zinner, Max Hölz u.a. sowie viele unbekannt gebliebene Autoren greifen in ihren Texten die Klassenjustiz der Weimarer Republik an, die mit Ausnahmegesetzten, Gesinnungsurteilen, ungezügelmten Polizeiterror und unmenschlichem Strafvolzug den Ruf des Volkes nach Brot und Arbeit, nach Befreiung vom kapitalistischen Joch zu unterdrücken suchte.  
Die Texte gewinnen besondere Aktualität in einer Situation, in der in der Bundesrepublik und in Westberlin der Abbau der demokratischen Rechte des Volkes massiv voranschreitet. Die Notstandsgesetze von 1968, die Gesetze zur "Inneren Sicherheit" von 1972, Verteidigerabschlußgesetze, die Einführung der Paragraphen 88a und 130, die Pläne für ein neues Polizeigesetz und der gezielte Todesschuß — das sind die bisherigen Stationen der reaktionären Formierung in der Bundesrepublik und Westberlin, die immer deutlicher die Gefahr einer faschistischen Entwicklung in diesem Staat heraufbeschwört.

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die **ROTE HILFE**

Zentrale: 5 Köln 30, Rothehausstr. 1 (021/523290) tägl. 18-19 Uhr

# Diktatur des Proletariats ist breiteste Demokratie für die Werktätigen

## DAS SOZIALISTISCHE ALBANIEN GIBT SICH EINE NEUE VERFASSUNG

Auf Beschluß des 6. Parteitagess der Partei der Arbeit Albanien wurde der "Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien" ausgearbeitet und den Volksmassen zur Beratung vorgelegt. Unter leidenschaftlicher Anteilnahme der Bevölkerung wird der Verfassungsentwurf seit einem Jahr diskutiert, um schließlich der Volksversammlung mit den Bemerkungen und Anregungen der Massen zur Verabschiedung vorgelegt zu werden. Jeder Arbeiter, jeder Genossenschaftsbauer, jeder Angehörige der Volksintelligenz kann seinen Beitrag zur Verfassungsdiskussion leisten, denn die Verfassung spiegelt die Erfahrungen der Massen beim Aufbau des Sozialismus wider. Sie proklamiert die sozialistischen Errungenschaften und formuliert die Leitlinien für den weiteren Aufbau des Sozialismus.

**W**arum gibt sich Albanien eine neue Verfassung? Kurz gesagt, weil es nicht mehr das Albanien von 1946 ist, als die gegenwärtig noch gültige Verfassung geschrieben wurde. Staatsverfassungen sind ein Teil des Überbaus, der sich über der gesellschaftlichen Basis erhebt und sind als solche von der Basis abhängig. Marx hat über die Entwicklungsgeschichte aller menschlichen Gesellschaftsformen festgehalten: "Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um."

Ein Teil dieser Umwälzung in Albanien ist die neue Verfassung. Unübersehbar sind die Veränderung, die in Albanien in den letzten 30 Jahren stattgefunden haben. Die alten Produktionsverhältnisse haben sich in sozialistische verwandelt. Die Ausbeuterklassen sind beseitigt. Sinnbild für die Entwicklung Albanien, das mit Riesenschritten aus Armut und Rückständigkeit zum vollständigen Aufbau des Sozialismus strebt, ist das Hüttenkombinat Elbasan, in dem in diesen Wochen der erste albanische Stahl gegossen wurde. Die erste Eröhraffinerie des Landes in Ballsh soll bald ihre Produktion aufnehmen. Diese Entwicklung vollzieht sich unter der Führung der Arbeiterklasse und im Interesse aller Werktätigen. Jedermann macht Tag für Tag die Erfahrung der Überlegenheit des Sozialismus.

Von hier nimmt die Verfassung ihren Ausgang, hieraus erklärt sich auch die lebendige Anteilnahme der Volksmassen an der Verfassungsdiskussion. Man macht sich gern über die Verlogenheit bürgerlicher Verfassungen mit der Feststellung von Anatole France lustig, daß das Gesetz in seiner erhabenen Gleichheit es dem Bettler wie dem Millionär verbietet, unter den Brücken der Seine zu schlafen. Die bürgerliche Verfassung unterstellt Gleichheit, wo Ungleichheit ist, gewährt den Bürgern Rechte, die nur die Ausbeuterklassen wahrnehmen können, legt den Bürgern Pflichten auf, die nur auf den Unterdrückten lasten. Für eine bürgerliche Verfassung lassen sich die Volksmassen niemals begeistern, denn sie wissen, daß durch die Proklamierung gleicher Rechte und Pflichten bei tatsächlicher Ungleichheit ihre Unterjochung nur zementiert wird.

Nehmen wir das "Recht auf Arbeit", das im Kapitalismus allgemein verkündet wird. Doch es gilt für die werktätigen Klassen und Schichten nur unter der Einschränkung, daß die Kapitalisten "geneigt" sind, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das sind sie grundsätzlich nur, wenn sie eine Möglichkeit sehen, dabei Profit zu scheffeln. Jede Zuspitzung der Krise, die im Imperialismus zu Dauerzustand geworden ist, wirft Millionen Arbeiter auf die Straße. Es ist sinnlos, sich unter kapitalistischen Verhältnissen auf das Recht auf Arbeit berufen zu wollen.

Der Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien stellt in Art. 42 fest:

"In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien haben die Bürger das Recht auf Arbeit, das durch den Staat garantiert wird. Arbeit ist Pflicht und Ehre für jeden arbeitsfähigen Bürger ..."

Auf der Grundlage der sozialistischen Wirtschaft, wo der Zwang der Profitmacherei beseitigt ist und nur das Wohl der Werktätigen über die Produktion entscheidet, erhält die staatliche Garantie des Rechts auf Arbeit erst einen Sinn. Keiner wird von der gesellschaftlichen Produktion ausgeschlossen, die Interessen des einzelnen befinden sich in Übereinstimmung mit denen der Gesellschaft.

**A**ber das neue Albanien ist keine Idylle wo der proletarische Staat Rechte gleichermaßen über alle Mitglieder der Gesellschaft ausgießt. Die Verfassung ist erklärtermaßen "ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht" (Marx). Natürlich gibt es noch Ungleichheit in der albanischen Gesellschaft, die alte Ausbeuter gesellschaft hat ihre "Muttermale" hinterlassen. Die Arbeit ist nicht nur Recht, sondern zugleich Pflicht, was im Aufbau des Sozialismus besonders an die Adresse derjenigen gerichtet ist, die in der alten Gesellschaft nicht arbeiten mußten, die



Bild: Große Begeisterung unter den Hüttenarbeitern von Elbasan über die erste Roheisen schmelze im April dieses Jahres. Wenige Monate später wurde der erste albanische Stahl gegossen. Der Aufbau des Sozialismus sichert das Glück der Werktätigen!

Ideologen und Clowns der alten Ausbeuterklassen, die Pfaffen, Prostituierten und Kriminellen. Wie jedes Recht hat die neue albanische Verfassung Zwangscharakter. Sie fordert den Willen der Bürger, zum sozialistischen Aufbau ihren Beitrag zu leisten und entzieht den Gegnern der neuen Ordnung auch bestimmte Rechte. In Art. 38 des Verfassungsentwurfes heißt es:

"... Die Rechte der Bürger sind von der Erfüllung ihrer Pflichten untrennbar und dürfen nicht entgegen der sozialistischen Ordnung ausgeübt werden ..." Sind die Pflichten dem Genuß der Rechte ständig im Weg, wie es in der bürgerlichen Gesellschaft ständige Erfahrung ist? Nein, denn die Verpflichtung der Bürger richtet sich auf den sozialistischen Aufbau - so hindern die Pflichten nicht am Genuß der Freiheiten, sondern dienen im Gegenteil dazu, diese zu verwirklichen.

**D**ie Verfassung eines sozialistischen Landes muß zwei Aufgaben erfüllen: Erstens muß sie die sozialistischen Errungenschaften in Politik, Ökonomie und Kultur proklamieren, zweitens muß sie auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen den Kurs für den weiteren Aufbau des Sozialismus festlegen. Dementsprechend lautet der Art. 2 des Verfassungsentwurfes, der von grundlegender Bedeutung ist:

### DIE SCHWIERIGE GEBURT DER NEUEN VERFASSUNG DER SOWJETUNION

Die modernen Revisionisten der heutigen Sowjetunion quälen sich mit einer Aufgabe herum, die Chruschtschow schon 1959 stellte: Sie sollen eine neue Verfassung ausarbeiten. Bisher ist nichts daraus geworden. Wozu sie nützen soll und auf welche Schwierigkeiten die Breschnew-Clique dabei stößt, dazu schreibt die PEKING RUNDSCHAU (Nr. 36/1976) unter der Überschrift "Die schwierige Geburt der neuen Verfassung":

Daß die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes von den sowjetischen Revisionisten immer wieder auf die lange Bank geschoben wurde und die neue Verfassung - eine so schwierige Geburt ist, ist kein Zufall. Sie wollen zwei Dinge zur gleichen Zeit - einerseits mit der Verfassung das Aushängeschild des "Sozialismus" prächtig herausputzen und andererseits ihren sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Plunder in die Verfassung hineinschmuggeln - ein unüberwindlicher Widerspruch. Vergreifen sie sich an den Grundsätzen der ursprünglichen sozialistischen Verfassung, um an ihrer Statt dem sowjetischen Volk ihre eigenen sozialimperialistischen Glaubensartikel aufzuzwingen, haben sie unbedingt mit Widerstand und Opposition unter den breiten Massen der Arbeiter und Bauern zu rechnen. Darüber hinaus findet natürlich das Gerangel um Macht und Gewinn innerhalb der herrschenden Kreise bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung seinen Niederschlag.

Laut Breschnew soll die neue Verfassung die "Grundzüge" einer "entwickelten sozialistischen Gesellschaft schriftlich fixieren". Was aber die "Kriterien" und "Grundzüge" einer solchen entwickelten sozialistischen Gesellschaft sind, darüber gehen die Ansichten der Anführer der sowjetischen Revisionisten und ihrer Schreibergelinge bis zum heutigen Tag auseinander und ihr Streit nimmt kein Ende. Es ist ganz klar, daß das, was Breschnew in das Gewand des "entwickelten Sozialismus" hüllen möchte, ein Staatsmonopolkapitalismus neuen Typs ist - Sozialimperialismus...

Während in der ursprünglichen Verfassung festgelegt ist, daß allen Bürgern der Sowjetunion Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit wie die Freiheit zu Straßenumzügen und Demonstrationen gewährt wird, werden in der heutigen Sowjetunion reaktionäre Verordnungen erlassen, die jede nicht "von den Behörden gebilligte" Versammlung verbieten und die Telefonbenutzung einschränken. Wenn die Bevölkerung von den oben erwähnten Rechten Gebrauch machen will, wird sie unterdrückt und verfolgt...

Es muß festgestellt werden, daß auch, wenn die geplante neue Verfassung selbst noch nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, ihre Quintessenz - Sozialimperialismus und Sozialfaschismus - längst durch die großwahnwinnigen, konterrevolutionären sowjetischen Aktivitäten aller Welt bekannt sind...

"Die Sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der die Interessen aller Werktätigen vertritt und verteidigt ...". In dieser Formulierung an zentraler Stelle laufen die wichtigsten Elemente der neuen Verfassung zusammen. Die Diktatur des Proletariats ist das Kernstück des Marxismus, an dem die Partei der Arbeit Albanien immer festgehalten hat. Sie widerstand zu jeder Zeit dem Druck des modernen Revisionismus, der die Diktatur des Proletariats verraten mußte, um seine Herrschaft über die Volksmassen zu erlangen. Er propagierte das Erlöschen des Klassenkampfes und die führende Rolle der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber dem Klassenkampf. Nicht das propagandistische Trommelfeuer des modernen Revisionismus, nicht Schmeicheleien und auch nicht die brutale Wirtschaftsblockade nach dem Jahre 1960 brachten das albanische Volk vom revolutionären Weg ab. In diesen Jahren stützte sich das Volk wie bereits im antifaschistischen Befreiungskrieg wiederum auf die eigenen Kräfte, überwand die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen es in die Knie gezwungen werden sollte und verteidigte die nationale Souveränität. Als einziges Land in Europa widersetzte sich Albanien von Anfang an dem Versuch der Chruschtschow-Clique, ihre revisionistische Herrschaft auf andere Länder auszuweiten. Die neue albanische Verfassung wird festhalten:

"Die Sozialistische Volksrepublik Albanien widersetzt sich jeder Form der imperialistischen Aggression, der kolonialen Ausbeutung, der Vormundschaft, des Diktates und der Hegemonie, der nationalen Unterdrückung und Rassentrennung. Sie hält an dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, der Ausübung der vollen nationalen Souveränität und der Gleichheit aller Länder in den internationalen Beziehungen fest." (Art. 14)

Die neue albanische Verfassung ist ein großer historischer Sieg der Partei und des Volkes, wie Genosse Enver Hoxha, der 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albanien in seinem Bericht an den 7. Parteitag hervorhob. Die Volksrepublik Albanien wird sich mit der Verabschiedung der neuen Verfassung "Sozialistische Volksrepublik Albanien" nennen. Verdient sie diesen großen Titel, wo doch der vollständige Aufbau des Sozialismus noch angestrebt wird? Ausschlaggebend für die Berechtigung eines Volkes, seine Verhältnisse sozialistisch zu nennen, ist, wie Stalin sagte, "unsere Entschlossenheit und Bereitschaft, den Sozialismus zu verwirklichen". Diese Entschlossenheit und Bereitschaft erfüllt das ganze albanische Volk. Die Sozialistische Volksrepublik Albanien wird ein großartiges Beispiel des stiegreichen Kampfes der Völker gegen Kapitalismus und Revisionismus sein.

\*\*\*